

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Miffringhaus, Berlin.
Verleger: Emil Dieckhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 15 61, Dettlowskammer-Platz 6
Druckanschrift: Copacabana

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund schriftlicher Genehmigung gestattet. Abnahme höherer als 4 Bogen vor dem Drucksetzen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für alle Fälle ist Berlin.

Berlin, den 21. Juli 1932.

IFA-Institut
Soz. Geschichte
Amsterdam

Der erste Streich.

"Amtsenthebung" der sozialdemokratischen Ober- und Regierungspräsidenten.

SPD. Als die Regierung der Herren Barone von Papen bis Schleicher dem Herrenklub entstiegen war, taufte sie sich stolz das "Kabinett der nationalen Konzentration", da sie alle aufbauwilligen Kräfte des Volkes umfassen wollte. Unzweideutig hat die sozialdemokratische Presse sofort darauf hingewiesen, was unter diesen "Kräften" und unter dieser "nationalen" Zusammenfassung zu verstehen sei. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie und andere sozialdemokratische Zeitungen wurden wegen dieser Offenheit verboten.

Die wenigen Wochen "nationaler Konzentration" haben erwiesen, wie richtig unsere Auffassung und Kennzeichnung gewesen ist, und jeder Tag an dem der feurige Sonnengott seinen Wagen anschirrt, bringt uns neue Beweise und neue unvergängliche Taten seiner Fürsorge. Sie ist aber so einseitig und unzweideutig verteilt, dass der Vers "Die SA hat neue Tressen, das Volk hat nichts zu fressen!" vollauf gerechtfertigt wird. An "Fürsorge" der Regierung Papen-Schleicher für den weitaus grössten Teil des Volkes haben wir erlebt: Rentenkürzung, Umsatzsteuer für die kleinen und kleinsten Gewerbetreibenden und Handwerker, Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung auf sechs Wochen, Salzsteuer und ähnliche Dinge mehr. Indem es aber gleichzeitig Millionensummen für notleidende Grossindustrielle regnete, wurde dem einen gegeben, was die hohe Obrigkeit den vielen anderen nahm. Das Ganze bekam dann die schöne Bezeichnung: "Abbau des Wohlfahrtsstaates". In der Tat! Es wurde abgebaut, soviel, dass bis zur Stunde für den Aufbau nichts übrig geblieben ist.

Abbau! Das ist das grosse Zeichen, in dem diese hochweise und hochnoble Regierung siegen will. Abbau aller sozialen Fürsorge, Abbau des Lebensstandards der Witwen, der Waisen, der Kriegsbeschädigten, der Erwerbslosen und aller kleinen Leute. Wie es aber keinen sozialen Rückschritt geben kann ohne dass er auch politisch bedingt wäre und politisch seinen Ausdruck finden müsste, so folgen den sozialen "Taten" jetzt die politischen.

Hitler befahl und so wurde am 20. Juli die demokratische preussische Regierung mit Gewalt aus ihrem Amt geholt. Einen Tag später erklärten die gegenwärtigen Gewalthaber alle jene höheren preussischen Beamten, Staatssekretäre, Ober- und Regierungspräsidenten - ausgenommen Noske - und fast alle Polizeipräsidenten für abgesetzt, die sich zur Sozialdemokratie bekennen und infolgedessen auf der Seite der Arbeiterschaft stehen. Solche Männer sind für Mitglieder des Herrenklubs unerträglich. Ihr Ziel ist mit Hitler: Zurück zur wilhelminischen Zeit. Ihre "nationale Konzentration" wird deshalb erst zu Ende konzentriert sein, wenn der letzte sozialdemokratisch gesinnte Angestellte aus den Ämtern hinausgefegt und die gute königlich-kaiserliche Stube rein ist von den Männern, die sich zum Volk, zu den armen Leuten bekennen. "Wartestandsbeamte" sollen zum Teil an ihre Stelle treten, Herren, die wegen republikanischer Unzuverlässigkeit in die Wüste geschickt wurden, Männer, die sich zu

Hitler und seinen Trabanten bekennen. Vertreter des Volkes haben in den Ämtern nichts zu suchen. Das Volk, die Vaterlandslosen Gesellen sind zum Steuerzahlen da. Sie haben nur Pflichten, die Rechte haben andere. Sie werden von jener dünnen Oberschicht beansprucht, als deren Auftraggeber die Papen, Schleicher und Gayl zu betrachten sind.

Dem zweiten Streich der Nazi-Barone werden weitere folgen. Alle haben das Ziel die Zeitgeschichte zurückzurevidieren. So erkennt das Volk von Tag zu Tag mehr wohin der Weg dieser Regierung der "nationalen Konzentration" geht. Er führt nach abwärts, jenen herrlichen Zeiten entgegen, die uns das wilhelminische System versprochen, aber nie beschert hat. Gegen dieses System setzte sich das Volk 1918 zur Wehr. Das System Schleicher-Papen von Hitlers Gnaden muss am 31. Juli gerichtet werden.

SPD. Am Donnerstag haben der Vorsitzende des Kabinetts der Nazi-Barone, der mit Gewalt als preussischer Innenminister eingesetzte Essener Oberbürgermeister Bracht und einige Staatssekretäre des Preussischen Kabinetts die Amtsenthörung der sozialdemokratischen Ober- und Regierungspräsidenten sowie eines grossen Teiles der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten beschlossen und verfügt. Der Oberpräsident in Hannover Noske wurde von der Verfügung ausgenommen.

Die Verlautbarung der Herren darüber besagt: In den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden: Der Staatssekretär im Ministerium des Innern Dr. Abegg, der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. Badt, der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe Dr. Staudinger, der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Krüger, die Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, Staatsminister a. D. Lüdemann, der Provinz Sachsen, Dr. Falck, der Provinz Schleswig-Holstein Kuerbis, der Provinz Hessen-Nassau Haas, die Regierungspräsidenten Dr. Fitzner in Frankfurt a/O., Simons in Liegnitz, Weber in Magdeburg, v. Harnack in Merseburg, Dr. Herbst in Lüneburg, Dr. Amelunxen in Münster/Westf., die Polizeipräsidenten Titze in Königsberg/Pr., Dietrich in Kiel, Bauknecht in Köln, Frügel in Elbing, Schöbel in Hagen/Westf., Hohenstein in Kassel, Ossowski in Oppeln, Eggerstedt in Altona, die Polizeidirektoren Polizeipräsident Mai in Wilhelmshaven, Dr. Thiemann in Schneidemühl.

Soweit eine Neubesetzung der freigewordenen Stellen erfolgt, wird vorzugsweise auf Wartestandsbeamten zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

+ + +
Der Regierungspräsident in Münster Amelunxen gehört der Zentrumspar-
tei an. Er ist bisher der einzige zum Zentrum zählende höhere Beamte, der von dem
Papendiktat betroffen wurde.

SPD. Von Papen beabsichtigt sich zunächst mit Unterstützung des Essener Oberbürgermeisters Bracht in Preussen als alleiniger Machthaber zu etablieren. Ihre ausführenden Organe werden einige Staatssekretäre sein, die sich zur Verfügung gestellt haben. An die Ernennung von neuen Ministern ist vorerst angeblich nicht gedacht.

SPD. Karlsruhe, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Das badische Staatsministerium hat wegen der Gewaltaktion gegen die verfassungsmässige preussische Staatsregierung ebenfalls die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen. Es richtete an den Präsidenten des Staatsgerichtshofes folgendes Telegramm :

Das Land Baden, vertreten durch das badische Staatsministerium, erhebt gemäss Artikel 19 der Reichsverfassung Klage gegen die Reichsregierung mit dem Antrag, festzustellen, dass die Reichsregierung, unbeschadet ihres grundsätzlichen Rechts zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern, aufgrund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht befugt ist 1. Landesminister ihrer Ministereigenschaft endgültig zu entkleiden, und zwar weder dauernd noch vorübergehend, 2. Landesminister zu ernennen, 3. einen Reichskommissar zum Mitglied der Landesregierung zu ernennen, 4. das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten nach Artikel 63 der Reichsverfassung dem Reichskommissar zu übertragen oder sogar den Reichskommissar selbst zum Reichsratsbevollmächtigten zu ernennen oder aber den Länderregierungen das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten zu entziehen, 5. Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für die Länder zu ernennen.

Die Begründung lautet: Die vorgedachten Massnahmen sind nach Auffassung der badischen Staatsregierung nicht "nötig" im Sinne des Artikels 48, sie sind jedenfalls nicht dauernd nötig und sie widersprechen dem bundesstaatlichen Charakter des Reichs.

An den Reichskanzler ist ein gleichlautendes Telegramm gerichtet worden.

SPD. Die preussischen Minister Hirtsiefer, Steiger, Schreiber, Schmidt, Grimme und Klepper haben auf das Entlassungsschreiben des Reichskanzlers wie folgt geantwortet :

"In Ihrem Schreiben vom 20. Juli dieses Jahres teilen Sie uns mit, dass Sie uns von der Führung der laufenden Geschäfte des preussischen Ressortministers entheben. Als Grund geben Sie an, dass wir es abgelehnt hätten, der von Ihnen erlassenen Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung Folge zu leisten.

Welche Stellung die preussische Staatsregierung im allgemeinen zur Frage der Rechtsgültigkeit der gestern ergangenen Ausnahmeverordnungen und ihrer praktischen Anwendung einnimmt, ist Ihnen bekannt. Sie ist der Meinung, dass sie über den Rahmen der Reichsverfassung hinausgehen. Das gilt in besonderem Masse von diesem neuen Schritt. Eine Verhandlung mit der Reichsregierung oder dem Reichskommissar haben wir in keinem Falle abgelehnt. Wir haben es lediglich abgelehnt, in die Reichskanzlei auf Grund der beigefügten Einladung zu gehen, in der als einladender und als betreibender Ressortchef der preussische Ministerpräsident bezeichnet war.

Diese Stellungnahme war eine selbstverständliche Folge unserer Rechtsauffassung darüber, wer zur Zeit preussischer Ministerpräsident und sein Stellvertreter sind. Uns aus diesem Grunde von der Führung der laufenden Geschäfte zu entheben, widerspricht der Reichsverfassung und der preussischen Verfassung selbst dann, wenn man in anderen Fragen eine andere Rechtsauffassung vertreten sollte."

+ + +
An den Reichspräsidenten haben die preussischen Staatsminister folgendes Telegramm gerichtet :

"Nachdem wir die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angerufen haben, bitten wir ergebenst, mindestens die Vollziehung der Ausnahmemassnahmen bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes einzuschränken und namentlich inso-

weit aufzuschieben, als es sich um Eingriffe in unsere verfassungsrechtliche Stellung als Staatsminister handelt. Erster Termin des Staatsgerichtshofes ist auf Sonnabend, 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, anberaumt."

+ + +
Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat gegen den Gewaltakt der Papenregierung gegen die verfassungsmässige preussische Regierung ebenfalls Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; desgleichen die Zentrumsfraktion des Landtags.

SPD. Dresden, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein Reichsbannermann, der aus einer Versammlung heimkam, wurde von 4 SA-Leuten und 2 Zivilisten überfallen. Er erhielt einen Schlag gegen den Kehlkopf, sodass er die Sprache verlor und nicht um Hilfe rufen konnte. Dann wurde er unter Misshandlungen in die Elbe geworfen. Nur dadurch konnte sich der Reichsbannermann retten, dass er sich an einem Kahn festhielt. Das Mordgesinde ergriff die Flucht in der Annahme, dass der Reichsbannermann ertrunken sei.

SPD. Völlige Sorge betrachtet das Organ der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", den jetzt offen zutage getretenen Kurs der Papenregierung. In seinem Leitartikel vom 22. Juli zerplückt das Blatt die von der Papenregierung zu ihrer Reichsexekution gegen Preussen vorgebrachten Gründe und sagt dann :

"Unsere Sorge entspringt der Gefahr, dass wir in Deutschland in Zukunft von einer Handvoll Leuten regiert werden, bei denen die Arbeiter- und Angestelltenschaft nichts zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren hat. Die Methoden, die heute gegen Preussen und politische Parteien angewandt, können morgen gegen die Gewerkschaften angesetzt werden. Der Kreis um die Reichsregierung ist bewusst gewerkschaftsfeindlich. An entsprechenden Auswirkungen wird es zukünftig nicht fehlen. Wir haben nicht etwa Angst um die Existenz der Gewerkschaften, nicht Sorge um die Position der "Bonzen". Kampf gegen die Arbeitnehmer bedeutet Belebung und Stärkung ihrer Organisationen (auch dann, wenn sie verboten werden), bedeutet eine kräftige Bewegung auch dort, wo schon das Gefühl des Friedens, der Ruhe, des Ständigseins vorhanden war. Kampf gegen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen von dieser Reichsregierung bedeutet nicht nur frontale Änderungen in der Arbeiterbewegung, sondern auch geistige Wandlungen, die nicht ohne tiefgehenden Einfluss auf unser ganzes Volks- und Staatsleben bleiben. Wer die Zukunft des Deutschen Volkes nicht mit Gewalt totschiessen will, muss mit der Arbeitnehmerschaft wirken und nicht gegen sie; und der muss sich auch davor hüten, ein paar gelbe Schmarotzergrüppchen mit der deutschen Arbeitnehmerschaft zu verwechseln."

SPD. Paris, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Leitartikel des "Temps" vom Donnerstag, der sich mit den Ereignissen in Deutschland und Italien beschäftigt, schliesst mit folgenden Sätzen:

"Herr von Papen regiert jetzt Preussen mit Unterstützung der Reichswehr. Für ihn handelt es sich nur noch um eine Machtfrage. Welches werden, nachdem die erste Wirkung der Ueberraschung vorbei ist, die Reaktionen der in Preussen so mächtigen sozialdemokratischen Organisationen und der bürgerlichen Linksparteien gegen die Militärdiktatur sein? Welches wird das Ergebnis der Reichstagswahlen infolge der durch den Staatsstreich gegen Preussen geschaffenen

Atmosphäre sein? Das Kabinett von Papen - von Schleicher verfügt über die Macht, aber es bleibt abzuwarten, wie es sich ihrer bedienen wird. Seit Mittwoch befindet sich Deutschland mitten in einem innenpolitischen Abenteuer, und der Reichskanzler trägt die volle Verantwortung für eine Krise, die zum Bürgerkrieg, zur Militärdiktatur oder zur Wiedereinsetzung der Hohenzollern führen kann."

SPD. Parteivorstand und Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei fassten am Donnerstag einstimmig folgenden Beschluss :

Der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands brandmarkt vor dem ganzen deutschen Volke und der ganzen Welt das gewaltsame und verfassungswidrige Vorgehen der Reichsregierung gegen die preussische Staatsregierung. Er spricht den Genossen der preussischen Staatsregierung und dem Berliner Polizeipräsidenten für ihr würdiges Verhalten am 20. Juli Anerkennung und Dank aus.

Der gewaltsame Eingriff, der von den Nationalsozialisten gefordert und von der Reichsregierung vollzogen wurde, hat die verantwortungsfreudige Aufbauarbeit der Sozialdemokratischen Partei am preussischen Freistaat vorläufig unterbrochen. Wie im Reiche ist jetzt auch in Preussen die Alleinherrschaft einer dünnen Oberschicht aufgerichtet und jeder Einfluss der breiten, werktätigen Massen völlig ausgeschaltet worden. Es liegt jedoch in der Hand des Volkes, durch Wahl von Sozialdemokraten am 31. Juli die gestörte Rechtsordnung der Republik wieder herzustellen und sich selber den gebührenden Einfluss auf die öffentlichen Angelegenheiten wieder zu verschaffen.

Der 31. Juli muss ein Tag des Gerichts werden für die Missregierung der Barone und ihre nationalsozialistischen Helfer. Es darf nicht gelingen, die Aufmerksamkeit von der Tatsache abzulenken, dass Hitler und seine Partei für den sozialreaktionären Kurs, der jetzt gesteuert wird, die volle Verantwortung tragen.

Ohne Hitler keine Hunger-Notverordnung!

Die kommunistischen Führer, die seit Jahren Schulter an Schulter mit den Nationalsozialisten den Kampf gegen Braun und Severing geführt, ihren Sturz, ihre Absetzung, ihre Versetzung in den Anklagezustand gefordert haben, rufen jetzt wegen der Absetzung von Braun und Severing zum Generalstreik auf! Die deutsche Arbeiterklasse wird sich die Wahl ihrer Mittel und die Stunde ihres Handelns nicht von den Bundesgenossen der Nationalsozialisten im Kampfe gegen Braun und Severing vorschreiben lassen. Es gilt jetzt, in voller Aktivität, Disziplin und Einigkeit alle Kräfte für den Wahlkampf und den Sieg der Sozialdemokratie zusammenzufassen. Für die weiter bevorstehenden Kämpfe sind die Organisationen in den Zustand höchster Bereitschaft zu setzen!

Nieder mit dem Hakenkreuz und seinen Gönnern!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Freiheit!

+ + +
Die Sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat sich diesem Beschluss einstimmig angeschlossen.

An der am Donnerstag abgehaltenen Parteiausschuss-Sitzung nahmen u.a. auch Severing und Grzesinski teil. Der Parteiausschuss feierte beide bei ihrer Erscheinen mit einem dreifachen "Freiheit" und brachte ihnen eine Ovation dar.

SPD. Stuttgart, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Die württembergische Regierung hat zu der Frage der Einsetzung eines Staatskommissars für Preussen an den Reichspräsidenten sowie an den Reichsler ein Schreiben gerichtet. Der Wortlaut dieses Schreibens wird der Öffentlichkeit mitgeteilt werden, sobald die Empfänger im Besitze des Briefes sind.

SPD. Der frühere Geschäftsführer der Staatspartei und gegenwärtige Regierungsrat in der Presseabteilung der Reichsregierung Dr. Stephan hat kurz nach dem Gewaltakt der Papen-Regierung gegen die preussische Staatsregierung seinen Austritt aus der Staatspartei erklärt. Wie es heisst, hofft dieser Demokrat von gestern durch seinen Austritt aus der Staatspartei in dem Preussen der Papen und Bracht Karriere machen zu können.

SPD. Stuttgart, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Von Papen erklärte am Mittwoch-Abend in seiner Rundfunkrede, dass die Reichsregierung von parteipolitischen Bindungen frei sei. Zwei Stunden später machten die Nationalsozialisten General von Epp und der preussische Landtagspräsident Kerrl in einer Stuttgarter Versammlung Ausführungen, die das Gegenteil der Papen-Behauptungen beweisen. So bezeichnete von Epp die Einsetzung der Papenregierung als den ersten, die Verhängung des Ausnahmezustandes in Berlin-Brandenburg durch die Regierung Papen als den zweiten Sieg der Nationalsozialisten. Kerrl sagte: nur auf seine Initiative hin hätte Papen die Amts-enthebung der Preussenregierung durchgesetzt. Wörtlich führte er aus: "Sehr rasch hat die Reichsregierung auf meinen Brief hin zugegriffen, und zwar auf eine Art und Weise, die ich besonders begrüesse."

SPD. In den Arbeitermassen lebt ein tiefes Sehnen nach gemeinsamem Kampf gegen die Reaktion und gemeinsamem Ringen um sozialistische Ziele, nach offener Bekundung von Klassenverbundenheit und Klassenbrüderschaft. Aus diesem Sehnen schöpft die Eiserne Front ihre innere Kraft und ihre ständig steigende Macht. Je wütender die Reaktion vorstösst, umso lauter wird der Ruf nach Einheit in den Arbeitermassen, umso gefestigter wird die Geschlossenheit der Eisernen Front.

Die kommunistischen Führer haben versucht, aus diesem elementaren Sehnen ein Partei-geschäft zu machen. In ihren Händen wurde aus dem Einheitssehnen der Arbeiter eine taktische Einheitsfrontkampagne. Das Erwachen der kommunistischen Arbeiter war ihnen gerade gut genug, um ein Manöver zu veranstalten. Dies Manöver sollte eine Form ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie sein. Die kommunistische Führung hat dies Manöver angewandt, sie hat die Kampagne gemacht, und - sie verliert sie! Denn stärker als die taktischen Rechnungen der Parolenschuster in der KPD ist der wirkliche Einheitswille der Arbeiter, das Sehnen und das Streben nach dem grossen einheitlichen Block des klassenbewussten Proletariats nach der einheitlichen Aktion. Die kommunistischen Arbeiter begreifen den gemeinsamen Kampf der Arbeiter in der Eisernen Front - aber sie begreifen nicht die Spaltungs- und Trennungsabsichten der kommunistischen Führer. Die Arbeiter begreifen mit gesundem Klasseninstinkt, wo sie jetzt zu stehen und was sie zu tun haben - aber sie begreifen nicht die künstlichen Manöver der KPD-Führer, bestimmt die Arbeiter auseinander zu halten.

Die kommunistischen Führer wissen, dass sie das Spiel verlieren. Der Beweis dafür ist ein Rundschreiben der Kommunistischen Zentrale vom 14. Juli 1932

In diesem Rundschreiben werden lang und breit auseinandergesetzt die "Fehler bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik". Es heisst dort :

"In der praktischen Durchführung der vom Zentralkomitee festgelegten Linie unserer Einheitsfrontpolitik sind in der letzten Zeit zum Teil unverzeihliche Fehler eingetreten, die die grösste Wachsamkeit der Partei erfordern weil sie in keiner Weise den gefassten Beschlüssen unserer Partei entsprechen.

Die unverzeihlichen Fehler finden die kommunistischen Strategen wie immer nicht bei sich selbst, sondern bei ihren örtlichen Organisationen und bei den Arbeitern. Die unverzeihlichen Fehler bestehen darin, dass örtliche KPD-Organisationen und kommunistische Arbeiter wirklich ernst machen mit der Einheit, indem sie heranrücken an die Eisernen Front. Das Rundschreiben der KPD-Zentrale spricht davon, dass es eine Gefahr für die KPD wäre, dass der Weg des geringsten Widerstandes in der Frage der Einheitsfrontbewegung beschritten werde.

Der Weg des geringsten Widerstandes - das ist eben die Einheit! Sie meinen damit das Einreihen kommunistischer Arbeiter in unseren Kampf und in unsere Demonstrationen! Wir haben beobachtet, dass kommunistische Arbeiter es wie eine Befreiung empfunden haben, dass sie mit ihren sozialdemokratischen Arbeitsbrüdern zusammen ihrem natürlichen Klasseninstinkt und Klassenverbundenheit Raum geben konnten in Demonstrationen der Eisernen Front, sei es selbst gegen den Willen kommunistischer Führer, die nicht die Einheit wollen, sondern die Zerreissung.

Die kommunistischen Arbeiter sind sehr kritisch geworden gegenüber ihren Führern und so ordnet die KPD-Zentrale an:

"Gegenüber Massenstimmungen, die gegenwärtig vorhanden sind, und die bis in unsere Reihen sich bemerkbar machen, für eine Einheit um jeden Preis, über die Köpfe aller Führer hinweg usw. müssen wir mit eiserner Energie unsere revolutionäre Strategie und Taktik in den Massen vertreten."

So ordnet die Kommunistische Zentrale an: keine örtlichen Verhandlungen von KPD-Organisationen mit Organisationen der Eisernen Front! Sie ordnet weiter an, dass die Taktik der Kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag, die vorübergehend bei einzelnen reaktionären Anträgen Vernunft gezeigt hatte, nicht nachgeahmt werden dürfe. Die kommunistische Zentrale ordnet weiter an, dass gemeinsame Demonstrationen mit der Eisernen Front nicht stattfinden dürfen, dass es unzulässig sei, Vereinbarungen und Leitungen über die Veranstaltung gemeinsamer Demonstrationen von SPD und KPD herbeizuführen.

Einen besonderen Ruffel erhält der Betriebsrat des Leunawerks:

"Ein besonders krasses Beispiel einer solchen opportunistischen Einstellung ist der gemeinsame Aufruf der roten Betriebsräte und der reformistischen und christlichen Betriebsräte des Leunawerks. Veröffentlicht im "Klassenkampf" vom 4. Juli 1932. In diesem Aufruf werden unter Zustimmung der roten Betriebsräte die Freien Gewerkschaften, die christlichen Gewerkschaften und die RGO als "die grossen Arbeiterorganisationen" bezeichnet, in denen sich alle Arbeiter organisieren müssten. Es werden in dem Aufruf ausschliesslich die Papen-Regierung und die NSDAP angegriffen, ohne auch nur mit einem Wort die Brüning-Politik der Sozialdemokratie zu erwähnen."

So landet das Rundschreiben der KPD-Zentrale über die Einheitsfrontpolitik schliesslich bei der alten Parole: Hauptfeind ist und bleibt die Sozialdemokratie:

"Die SPD ist nach wie vor die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie. Unsere strategische Hauptaufgabe besteht nach wie vor darin, den Hauptstoss innerhalb der Arbeiterklasse gegen die SPD zu richten, "zur Loslösung von Millionen von Arbeitern von der Sozialdemokratie aus der Gefolgschaft dieser SPD-Führer" Sie wagen es in der heutigen Situation den kommunistischen Arbeitern noch zu erzählen, dass die sozialdemokratischen Führer Sozialfaschisten seien! Aber den kommunistischen Arbeitern gehen die Augen auf. Sie zeigen Erbitterung

darüber, dass ihre Führer Einheitsfront sagen und nur ein Manöver meinen, um die Arbeiterfront zu verhindern. Es gehen ihnen die Augen auf, dass die Eiserne Front die wahre Einheitsfront ist und dass hier der Platz ist, wo sie heute zu stehen und zu kämpfen haben!

SPD. London, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Empire-Konferenz in Ottawa wurde am Donnerstag im Plenarsaal des kanadischen Unterhauses durch den Generalgouverneur eröffnet. Der kanadische Ministerpräsident wurde zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Er umriss in seiner Eröffnungsrede die Grundsätze, von denen Kanada bei der Erörterung der in Ottawa zu behandelnden Probleme ausgeht: Waren aus England sollen freien Eingang nach Kanada haben, soweit dadurch nicht Interessen kanadischer Unternehmungen benachteiligt würden. Kanada wolle daher 1) die Listen der zollfreien Einfuhr vergrössern, 2) bestehende Präferenzen zugunsten Englands erweitern und 3) höhere Präferenzen für solche Güter gewähren, auf deren Herstellung England besonders eingerichtet ist. Als Gegenleistung will Kanada von England die Beibehaltung der bestehenden Präferenzen verlangen und ihre Ausdehnung auf solche Rohstoffe und Lebensmittel fordern, die England importiert.

Baldwin, der auf die Rede des kanadischen Ministerpräsidenten für das Mutterland England antwortete, erinnerte an die freie Einfuhr, die England seit seinem Übergang zum Schutzzoll allen Reichsteilen gewährt hat. Der Empire-Handel lasse sich aber noch weiter ausdehnen. Von den beiden möglichen Wegen, Erhöhung der Zollschränken gegen die übrige Welt oder ihre Senkung im Handelsverkehr innerhalb des Reiches, ziehe er die letzten vor; "denn wie gross auch immer unsere Hilfsmittel sind, können wir uns nicht von der Welt isolieren. Keine Nation oder Gruppe von Nationen, so reich sie auch sei, kann ihren Wohlstand aufrechterhalten in einer Welt, in der Depression und Verarmung herrschen. Wir glauben, dass durch Güterbelebung und Kräftigung des Handels innerhalb des Empire wir den Interessen der Kultur dienen und dass wir den besten Weg einschlagen, um die wirtschaftliche Erholung zu beschleunigen, die für die ganze Welt so notwendig ist."

SPD. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm am Donnerstag in Berlin zu der durch die Vorgänge in Preussen geschaffenen Lage Stellung. An der Sitzung nahmen auch die Bezirkssekretäre teil, die schon am Tage vorher vom Bundesvorstand zu internen Beratungen nach Berlin berufen worden waren.

Die eingehende Aussprache ergab die einmütige Zustimmung aller Verbandsvertreter zu der von den Spitzenorganisationen aller Richtungen erlassenen Kundgebung an die Arbeiterschaft. Die Gewerkschaften erblicken in dem Vorgehen der Reichsregierung gegen Preussen einen weiteren Schritt zur Untergrabung der staatlichen Autorität. Sie legen im Namen der Millionen Deutschen, die in ihren Reihen organisiert sind, schärfsten Protest gegen diese Massnahmen ein. Offenbar hat die Sorge der Reichsregierung um ihren nationalsozialistischen Anhang, der sich ohne fremde Hilfe gegenüber den gewaltigen Kräften der deutschen Arbeiterbewegung nicht behaupten kann, sie bewogen die Preussische Regierung aus dem Amt zu entfernen, weil angeblich in ihren Händen die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nicht mehr gewährleistet sei. Demgegenüber sind die Gewerkschaften der Ueberzeugung, dass die bisherige unparteiische Handhabung der Polizeigewalt in Preussen den Feinden der geltenden Verfassung nicht den erwünschten Spielraum zur Entfaltung ihrer ille-

galen Kräfte gab. Die Arbeiterschaft verteidigt die Verfassung und das Recht. Gerade deshalb halten die Gewerkschaften jede unbesonnene Haltung der Arbeiter auch jetzt, wo ihr Rechtsgefühl aufs tiefste verletzt worden ist, für falsch.

Der Wahltag am 31. Juli wird allen verantwortungsbewussten Deutschen, insbesondere der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit geben, ihren staatspolitischen Willen eindeutig zum Ausdruck zu bringen. Diese Willenskundgebung wird zugleich die beste und schärfste Kritik an den Massnahmen sein, zu denen sich im Gegensatz zu der Auffassung der überwältigenden Mehrheit des Volkes die gegenwärtige Reichsregierung gegen Preussen berechtigt fühlte. Das Urteil des Staatsgerichtshofes ist noch nicht bekannt. Bei der Lagerung der Machtverhältnisse ist es durchaus möglich, dass er sich gegen die Rechtsauffassung der Länderregierungen und gegen den Sinn der Weimarer Verfassung auf die Seite der Reichsregierung stellt. Das wird die Gewerkschaften nicht hindern, Seite an Seite mit denen zu kämpfen, die nicht den Buchstaben, sondern den Geist der Verfassung schützen wollen.

Von allen Rednern des Bundesausschusses wurde immer wieder hervorgehoben, dass der Wille zum Siege in den ganzen Jahren der Nachkriegszeit niemals stärker war als in den letzten Wochen, dass die Opferbereitschaft auch unter den Aermsten der Arbeiterschaft, den Arbeitslosen, in allen Bezirken die höchsten Erwartungen übertrifft. Da der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um ein freiheitliches Deutschland mit dem 31. Juli keineswegs abgeschlossen sein wird, ist es doppelt notwendig, die Werbearbeit der Gewerkschaften nicht nur im Zeichen des gewaltigen politischen Kampfes zu führen, sondern mit aller Energie auch und vor allem auf die Stärkung der Organisationen zu konzentrieren, die gesamte deutsche Arbeiterschaft in den Reihen der Gewerkschaften zu sammeln und ihre Widerstandskraft gegen weitere Versuche der Entrechtung von Woche zu Woche zu steigern.

SPD. Genf, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein fester Mehrheitsblock von 30 Staaten hat am Donnerstag in der Generalkommission der Abrüstungskonferenz jeden Versuch, die am Mittwoch vorgelegte Entschliessung des Büros im Sinne eines wirklichen Abrüstungsergebnisses zu erweitern, abgelehnt. Die Erklärungen der einzelnen Länder sowie das Verhalten des Mehrheitsblocks lassen darauf schliessen, dass diese Mehrheit für den ganzen Entwurf bestehen bleiben wird.

In der Aussprache begründete Litwinow eine Reihe von praktischen Erweiterungsvorschlägen, die der Entschliessung wenigstens einige Fortschritte zur Abrüstung einfügen würden. Balbo Italien erklärte, die faschistische Regierung wolle die Einstimmigkeit nicht stören. Sie enthalte sich aber der Stimme, da es mit der Anerkennung von Prinzipien allein nicht getan sei. Die Entschliessung zeige, dass die Arbeit von 6 Monaten wieder vergeblich gewesen sei. Der deutsche Vertreter Nadolny behielt sich Kritik und Abstimmung bis zum Schlussurteil über den ganzen Entwurf vor.

In der ersten Abstimmung wurde der Text der Einleitung mit 30 Stimmen gegen 5 bei 16 Enthaltungen angenommen. Damit war Litwinows Antrag erledigt, der eine Herabsetzung aller jetzigen Rüstungen um ein Drittel vorsehen wollte, ausgenommen bei kleineren Ländern mit weniger als 30.000 Mann oder 100.000 Tonnen Flotte oder die bereits durch internationale Verträge abgerüstet seien. Genau so wurde mit 29 Stimmen gegen 9 bei 12 Enthaltungen der russische Antrag auf völlige Abschaffung der Bombenflugzeuge abgelehnt und der Entschliessungstext mit dem alleinigen Verbot des Bombardements der Zivilbevölkerung aufrechterhalten. Im Namen der neun Staaten Dänemark, Schweden, Norwegen, Holland, Belgien, Polen, Tschechoslowakei, Spanien und der Schweiz gab Motta die

Erklärung ab, dass sie jetzt für diesen Teil der Entschliessung stimmen in der Hoffnung, dass die Konferenz in ihrem späteren Teil zum völligen Verbot der Bombenfliegerei kommen werde. Auch der schwedisch-holländische Versuch, nicht nur die Kalibergrössen, sondern auch die Anzahl der Geschütze herabzusetzen und zu begrenzen, wurde mit der gleichen Mehrheit abgelehnt, sodass der ganze Entschliessungs-Abschnitt über die Landrüstungen ebenfalls angenommen worden war. Die Beratung wird am Freitag fortgesetzt.

SPD. Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Zentrumspartei ist zur Besprechung der politischen Lage zu Freitag Nachmittag telegrafisch nach Berlin einberufen worden.

SPD. Paris, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Seit Beginn des Monats sind eine Reihe neuer Massnahmen zur Einschränkung der Einfuhren nach Frankreich erlassen worden. So sind für Gemüsekonserven, frisches Gemüse, Früchte und Kartoffeln Kontingente festgesetzt und die Zollsätze für Schlachtpferde bedeutend erhöht worden.

Der sozialistische Abgeordnete Marquet hatte bereits in der Schlussitzung der Kammer gegen die Kontingentierungspolitik der Regierung protestiert, worauf der Handelsminister antwortete, dass die Kontingentierungsmassnahmen nur vorübergehender Natur seien und den Zweck verfolgten, den Abschluss von neuen Handelsverträgen zu erleichtern. Inzwischen haben verschiedene Nachbarländer bereits Repressalien ergriffen. Italien hat für eine Reihe französischer Einfuhrwaren ebenfalls Kontingente festgesetzt, Belgien will die französischen Weine und Früchte kontingentieren und in Spanien werden Massnahmen zur Einschränkung der Einfuhr von französischen Automobilen und Seidenwaren verlangt. Die französische Presse beginnt daher, ebenfalls gegen die Zollpolitik der Regierung zu protestieren und verlangt eine baldige Aenderung.

SPD. Der Vorsitzende der Regierung der Nazi-Barone v. Papen hat die Länder-Regierungen für Sonnabend nach Stuttgart in das württembergische Staatsministerium eingeladen. Wahrscheinlich ist dem kleinen Diktator das Berliner Pflaster zur Abhaltung der Konferenz noch zu heiss.

Schluss des "Wiederhören"-Teiles. - Auf Wiederhören

(Schluss des politischen Teiles. - Aus Wiederhören

Freitag Vormittag 7 Uhr auf Welle 2.850.)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Sechzig Pfennige!

SPD. Je lauter die Hungerverordnungsoldaten ihre Verantwortung für die Hitler-Notverordnung bestreiten, um so zynischer geben sie in ihrem geheimen Rundschreiben ihrer arbeiterfeindlichen Gesinnung freien Lauf. Der Gau Gross-Berlin der NSDAP hat in einem geheimen Schreiben vom 3. Juli an die Reichsleitung der NSDAP die folgenden programmatischen Vorschläge gemacht:

"Ueber die Tatsache, dass das Recht auf Arbeitslosenunterstützung bankrott gemacht hat und mithin nicht länger aufrecht zu erhalten ist, besteht keine Unstimmigkeit. Der schaffenden Bevölkerung muss mit aller Deutlichkeit klargemacht werden, dass der Gedanke der Wohlfahrtspflege im marxistischen Sinne abgewirtschaftet hat und dass der menschliche Hang zur Trägheit nicht weiter gefördert werden darf und dass die Auswirkung des Versicherungsgedanken korrumpierend und erschlaffend auf den deutschen Menschen gewirkt habe. Der Arbeitsdienst wird hier Wandel schaffen und daneben fiskalische Ersparnisse bringen. Soweit bei unverschuldeter Erwerbslosigkeit und Invalidität Unterstützungen in Frage kommen, wird an Stelle der bisherigen Versicherung und des rechtlich begründeten Anspruchs eine individuell gestaltete, den wirtschaftlichen Verhältnissen angepasste Nothilfe eingeführt, die widerruflich ist. Für Gross-Berlin müsste diese Nothilfe auf 60 Reichspfennig pro Tag und Person festgesetzt werden. Ueber die Gewährung der Nothilfe entscheidet auf Vorschlag der Gemeinde die zuständige Sektion der NSDAP, die die nötigen Erkundigungen einziehen lässt."

Arbeitslose sind faul - Unterstützung wirkt korrumpierend: wo haben wir das alles schon gehört? In der sogenannten Regierungserklärung des Kabinetts der Barone, in der die Arbeitslosen beschimpft und der Staat als Wohlfahrtsanstalt verspottet wurde! Aus dieser Regierungserklärung zieht der Gau Gross-Berlin der NSDAP die Konsequenzen. Wer erwerbslos ist, mag verrecken zur höheren Ehre des Kapitalismus! Wer vor den Nazis auf dem Bauche kriecht, erhält ein Almosen zugeworfen. 60 Pfennig! 60 Pfennige für einen grosstädtischen Proletarier für Frau und Kinder in Berlin! Für 60 Pfennige soll er seine Seele, seine Freiheit, seine Gesinnung an das Hakenkreuz verkaufen.

60 Pfennige für eine erwerbslose Familie! Das ist das Hakenkreuz, das ist eure Zukunft, wenn Ihr nicht die Freiheit verteidigt!

Ihre Schützlinge, Herr von Papen!

Der Herr von Papen hat in seiner Rundfunkrede pathetisch ausgerufen: "Will das deutsche Volk ausser acht lassen, dass die Tätigkeit der KPD einen beharrlichen Kampf gegen die Lebensgrundlage von Staat, Kirche, Familie bedeutet? Es ist die sittliche Pflicht einer jeden Regierung, einen klaren Trennungstrich gegen diese Störer unserer Kultur zu ziehen."

Herr von Papen, öffnen Sie Ihre Augen und suchen Sie die Zerstörer der Kultur, die im tiefsten unsittlichen Kräfte im Lager der Nationalsozialisten! Richten Sie Ihre Blicke nach Görlitz! Dort wurden am 10. Juli 300 Knaben im Alter von acht bis vierzehn Jahren auf dem Gute des Freiherrn von Lohen von Nationalsozialisten zusammengezogen. Es wurde mit ihnen das folgende Spiel an gestellt. Unter Vorantritt einer Kinderkapelle wurden die Kinder versammelt, es erfolgte ein Umzug, bei dem ein als Geistlicher angeputzter Junge voranschritt, ihm folgte ein anderer Junge mit einem Kreuz, an dem einige rohe Knochen hingen. Nach einem Umzug wurde an der Ausgangsstelle des Zuges ein

Loch ausgegraben. Als der Kinderzug dort wieder angelangt war, hielt der als Geistliche verkleidete Junge eine Grabrede auf - die letzten Ueberreste des Spitzenkandidaten der Sozialdemokratie im Wahlkreis Liegnitz, Buchwitz. Diese Rede schloss: "Es ist nun Gottseidank gelungen, seine Ueberreste zur letzten Ruhe zu tragen." Dann rief ein Junge "Das Buchwitzlied"! Und nun sangen Kinder von acht bis vierzehn Jahren ein Lied, in dem die Zeilen vorkommen: "Wenn die ersten Schüsse knallen, muss der Otto Buchwitz fallen."

Herr von Papen, das sind Ihre Freunde! Das sind die "um das Gemeinwohl ringenden Kräfte unseres Volkes", die sie vor dem ganzen Volke und vor der Welt den "Zerstörern unserer Kultur" gegenüber gestellt haben. Herr von Papen, wollen Sie angesichts dieses Kulturkannibalismus noch von Christentum reden?

Kube kommt zurück.

Der Vorsitzende der Nazi-Landtagsfraktion in Preussen, Kube, sollte im Ostmarkenrundfunk sprechen. Seine Rede, die seinen Schimpfreden im Landtag nachgebildet worden, wurde an vielen Stellen beanstandet. Herr Kube, der sich angesichts der Haltung der Reichsregierung nicht ohne subjektive Berechtigung für den ungekrönten König in Preussen hält, schrieb darauf dem Ostmarkenrundfunk den nachfolgenden Brief:

"Auf Ihr Schreiben vom 11.7. teile ich Ihnen mit, dass ich mir als Fraktionsführer der grössten deutschen Partei im Preussischen Landtags jede sachliche Korrektur meiner Rede verbitte. Selbstverständlich verzichte ich darauf überhaupt, in Ihrem sogenannten Ostmarkenrundfunk zu sprechen. Im übrigen bin ich für Sie und Ihresgleichen der Herr Abgeordnete Kube. Flegeleien ist man bei Vertretern Ihrer Weltanschauung gewöhnt, nur sollten Sie sich die Adressen derer ansehen, die Sie mit Ihren ungezogenen Flegeleien bedenken. Ich komme auf jeden Fall selbst nach der Regierungsübernahme in Preussen darauf ausführlich zurück."

Jakob Kube kann nun nach dem Vorgehen des Herrn von Papen darauf zurückkommen und wir sind gespannt, mit welchen Schimpfereien und Flegeleien vom Ostmarkensender aus die Luft erschüttert wird. Aber Eines möchten wir doch gar zu gern wissen: sind die Kube und Genossen an den Ton, den sie in solchen und ähnlichen Schreiben einschlagen, so gewöhnt, weil sie in ähnlichem Ton ihre Befehle an die Regierung Papen-Schleicher erteilen?

Das Rezept für den Reichskommissar.

Hugenbergs Fraktionshüptling Oberföhren hat in einer Rede in München die preussische Grossschnauze vorgeführt. Das war, als Herr Papen noch nicht das preussische Experiment gemacht hatte. Der Oberföhren schrie in München nach dem Reichskommissar für Preussen, "der zum Frühstück und zum Abendessen zwei bis drei sozialdemokratische Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten verzehrt." Solche Rezepte solcher Leute hat Herr von Papen ausgeführt! Aber diese Rezepte werden ihm noch verflucht sauer aufstossen!

Die Hüter der Kirche.

Von Papen hat die Nazis als Schützer der Kirche gefeiert. In Bochum überfielen Nazis katholische Jungmannen, entrissen ihnen das Christusbanner, zerstörten es und schlugen mit dem Fahnenstange den Bannerträger halbtot. Dies zerstörte Christusbanner in der Hand der Nazis - ist das nicht ein Symbol Herr von Papen?

Aus aller Welt

Die vergewaltigte Stadt.

Berlin am Donnerstag - Drei Pfeile treffen die Verräter - Spiegelbild der Zeit im Gerichtssaal.

SPD. Berlin hat ein neues Gesicht. Der von der Papen-Hitlerregierung verhängte Belagerungszustand hat die Republikaner in den Zustand der höchsten Kampfbereitschaft versetzt. Jeder bewusste Kämpfer für den Staat trägt das blinkende Zeichen der drei Pfeile. Die drei Pfeile leuchten weiss von den überall wehenden, wallenden roten Fahnen. Und überall ertönt es: "Freiheit!" Der Gruss ist ein Gelöbnis. Die erhobene Hand ballt sich zur Faust. Die Faust spricht eine eindeutige Sprache. Das Volk von Berlin ist nicht gewillt, sich der Diktatur Hitlers zu unterwerfen.

Das "Opfer".

Die Diktatur Hitlers ist die Herrschaft der Verleumdung. Am Donnerstag-Morgen erhielten die Zuhörer im Beleidigungsprozess Weiss - Rook vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte einen bezeichnenden Anschauungsunterricht. Rook ist jener Chauffeur, der sich die von der nationalsozialistischen Landtagsfraktion in einem Urantrag vorgebrachte Beleidigung gegen die Frau des Polizeivizepräsidenten Dr. Weiss zu eigen gemacht und öffentlich verbreitet hat. Der Strafantrag gegen Rook wurde vom Nebenkläger zurückgezogen, nachdem der brave Nazi Rook einsehen musste, dass an der schmutzigen Verleumdung auch nicht ein wahres Wort ist. Der Angeklagte sprach sein Bedauern aus - nachdem er vorher noch viel lebhafter bedauert hatte, dass die nationalsozialistischen Zeugen (die Abgeordneten Kube, Freisler, Hinkler), auf deren Wahrheitsbeweis er sich verlassen hatte, überhaupt nicht erschienen waren. Resigniert meinte Rook: "Ich habe gedacht, die Abgeordneten werden doch so etwas von den Beziehungen vor der Frau Weiss zu Krojanker nicht in einem Antrag behaupten, wenn da nicht etwas Wahres dran ist. Jetzt habe ich allerdings den Eindruck, dass ich ein Opfer geworden bin....".

Die im Zuschauerraum anwesenden Nazis hatten den gleichen Eindruck. Boudripts zogen sie von dannen.

Kube gegen Freisler.

In dieser Verhandlung erfuhr man noch eine andere interessante Tatsache. In dem aussergewöhnlich devot abgefassten Entschuldigungsbrief des Nazi-Abgeordneten Kube distanziert sich der preussische Fraktionsvorsitzende der Nazis in schärfster und deutlichster Weise von seinem Fraktionskollegen Freisler, der, wenigstens nach der Darlegung Kubes, den bewussten Antrag ohne Wissen der Fraktion gestellt zu haben scheint. Herr Freisler ist also derjenige, der den Dreckkübel gefüllt und ausgeschüttet hat. Herr Freisler hat die Beleidigung noch nicht zurückgenommen. Das Wort Ehrabschneider wird in Zukunft in der deutschen Sprache mit dem Worte Freisler identisch sein. Die Öffentlichkeit aber fragt sich: was ist von einer politischen Partei zu halten, die einen Berufs-Freisler ins Parlament und an die Front der politischen Agitation schickte?

Nationalsozialistische Innenpolitik.

Die Verhandlung ist zu Ende. Vor dem Gericht bestürmen nationalsozialistische Flugblattverteiler ihre Freunde, um den Ausgang zu erfahren. Ihre Gesichter werden lang und länger: sie hatten sich das nach den Vorgängen des Mittwochs so vorgestellt, dass Weiss aus dem Zuchthaus vorgeführt und nun gleich an den Galgen weitergeleitet wird. Sie öffnen das einzige Ventil, das ihnen zur Verfügung steht, wenn sie wütend sind: sie schreien "Heil Hitler" und

stossen wüste Drohungen aus. Dann gehen sie, das Bild der "Erneuerer" rundet sich meistens so ab, ihren Kummer in einer Mollle ertränken.

Die Mollen spielen, muss man wissen, in der "Innenpolitik" der Berliner Nazis eine sehr beträchtliche Rolle. Inspirieren sie auch nicht zu hohen, sondern doch zu besonders rohen Taten. So kam es am Donnerstag-Vormittag zu einem Überfall von Nazis auf Republikaner vor einer Kneipe am Alexanderplatz; am Nachmittag zu einem solchen Überfall vor einem nationalsozialistischen "Verkehrslokal" in der Lindenstrasse. In beiden Fällen waren die Nazis in der Mehrheit. Sonst hätten sie nicht angegriffen. Denn obschon sonst wütende Feinde der Demokratie, sind sie bei Prügeleien unbedingt Anhänger der Mehrheit!

Auskünfte der Polizei.

Am Alexanderplatz ist es äusserlich ruhig. Im Polizeipräsidium zittern die Ereignisse des Mittwoch noch nach: an eine ruhige Fortführung der Arbeit ist noch nicht zu denken; zu plötzlich hat man den Beamten ihre bisherigen Chefs, zu denen sie grosses Vertrauen hatten und deren Menschlichkeit und Loyalität sie rühmen, "entführt". Die Polizeibeamten haben aus ihrer Anhänglichkeit kein Hehl gemacht: beim Abtransport von Grzesinsky, Weiss und Heimannsberg ertönten Hoch- und Freiheitsrufe. Inzwischen hat sich der neue Herr, Dr. Melcher aus Besser der Presse vorgestellt. Er klemmte das Monokel ins Auge und las eine allgemeine Erklärung herunter: er beabsichtige, seine Geschäfte "als Diener der Gesamtheit, ohne Ansehen der Person, nach Recht und Gerechtigkeit" zu führen. Weitere Auskünfte wurden nicht gegeben, da ja die Polizei zurzeit einem Reichswehrgeneral unterstellt ist. Während der Pressebesprechung lief auch eine recht deutliche Auskunft auf dem Hof unten ein: ein Polizeiauto, vollbesetzt mit jungen Leuten, Flugblattverteiler der Kommunisten.

Aktivität! Disziplin!

Das Regierungsviertel, insbesondere die Wilhelmstrasse, ist belebter als sonst. Überall stehen diskutierende Gruppen; überall spürt man den Willen zur Aktivität. Das gleiche Bild in den Arbeitervierteln, auf den Arbeitsämtern. Aber auch das weiss die verantwortungsbewusste Berliner Arbeiterschaft, dass im Augenblick vor allem eines notwendig ist: Disziplin! Zahllose Provokationsversuche der Nazis fielen auf unfruchtbaren Boden. Die Erkenntnis ist allgemein, dass im Augenblick der Generalangriff zur Wahl am 31. Juli die beste Verteidigung gegen die Feinde der Arbeiterschaft und ihre braunröckigen Helfershelfer ist. Die drei Pfeile stossen in die Front des Gegners vor.

Die neue Kameradschaft.

Eine neue grosse Kameradschaft ist im Werden: die Kameradschaft der Freien. Der Gruss "Freiheit", in dem sich Bekannte und Unbekannte, Hand- und Kopfarbeiter, Männer und Frauen begegnen, wirkt ein Band des gemeinsamen Wollens. Auch vor der Universität, der Hochburg der Reaktion, hört man den Gruss, sieht man den erhobenen Arm. Nazistudenten, deren schmisse-verziertes Gesicht eine einzige Herausforderung darstellt, antworten mit pöbelhaften Ausdrücken, wie sie sie der Wissenschaft für würdig zu halten scheinen. Die republikanischen Studenten haben einen anderen Begriff der Würde. Sie lassen sich nicht provozieren; auch sie werben für die Wahl.

Die Waffenschmiede.

Belle Alliance-Platz Ecke Lindenstrasse ist im Laufe dieser erregten Tage zu einer "Ecke der Republik" geworden. Vom Dache des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" weht die rote Fahne; vom "Vorwärts"-Giebel herab grüssen die drei Pfeile das arbeitende Volk von Berlin. Aus den Rotationsmaschinen des "Vorwärts"-Hauses fliessen unablässig die Ströme der Zeitungen und Flugblätter, Ströme der Aufklärung über die wahren Verbrecher am Volkswohl. Die Partei-Buchhandlung verkauft Stapel des geistigen Rüstzeugs; ungewöhnlich stark ist hier auch die Nachfrage nach roten Fahnen, Fahnen mit Freiheitspfeilen. Die Gesinnung ist unseren Freunden keine Sonntagsangelegenheit. Sie wollen sie zeigen, für sie werben. Die Parole schürt das Feuer ihres Eifers: Kampf für die Rechte des Volkes! Kampf für Republik und Sozialismus! Kampf für die Freiheit!

+ + +

Ego.

Kube und die "Giftkröte". Im Berliner Felseneck-Prozess beantragte der kommunistische Verteidiger Dr. Litten Aussetzung der Verhandlung bis zum 30. Juli, da die ungeklärten staatsrechtlichen Verhältnisse in Preussen eine ordnungsmässige Durchführung der Verhandlung zurzeit unmöglich mache. Dr. Litten führte aus, dass im Augenblick zwei preussische Regierungen nebeneinander beständen. Eine ordnungsmässige Prozessdurchführung sei erst dann möglich, wenn geklärt wäre, welche Staatsregierung zu Recht bestehe. Es sei juristisch zweifelhaft, ob die zurzeit amtierenden Vertreter der Staatsanwaltschaft die Staatsregierung rechtswirksam vertreten. Es sei z.B. zu bedenken, dass der Führer der Landtagsfraktion der NSDAP, Abgeordneter Kube, in einer Rede am 8. Juli den im Felseneckprozess amtierenden Staatsanwaltschaftsrat Stenig einen "Lumpen", eine "Giftkröte", einen "Burschen" und einen "Provokateur in Person" genannt habe. Kube hätte fernerhin sein Bedauern darüber ausgesprochen, dass es wegen der Anwesenheit der Justizwachtmeister den nationalsozialistischen Angeklagten nicht möglich sei, dem Staatsanwalt die Knochen zusammenzuschlagen. Auf die Partei des Herrn Kube aber, so führte Dr. Litten aus, stütze sich der Reichskommissar heute hauptsächlich.

Das Gericht lehnte den von der Verteidigung gestellten Antrag ab, weil nach seiner Meinung die Beamtstellung der in dem Prozess auftretenden Gerichtsfunktionäre durch die staatspolitischen Änderungen in Preussen nicht berührt werde.

+ + +
Massenvergiftung. In dem westpolnischen Städtchen Margonin sind ungefähr 200 Personen nach dem Genuss von anscheinend nicht untersuchtem Fleisch an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Bei vielen der Erkrankten besteht Lebensgefahr.

+ + +
Stratosphärenflugzeug. In Paris wurde von der Firma Farman das von ihr konstruierte Stratosphärenflugzeug dem Direktor der technischen Abteilung des Luftfahrtministeriums vorgeführt. Das Flugzeug ist mit einem Motor von 350 PS und mit drei verschiedenen Kompressoren ausgerüstet. Die Kompressoren können in 5 000, 10 000 und 15 000 Meter Höhe in Betrieb gesetzt werden.

+ + +
17-jähriger Mörder. Vom Grossen Jugendgericht Nürnberg wurde ein Siebzehnjähriger Knecht aus Floss wegen dreifachen Mordes zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

+ + +
Gronau auf List. Der Dornierwal, mit dem der Ozeanflieger von Gronau nach Amerika starten will, liegt abflugbereit vor List (Westerland). Gronau wartet günstiges Wetter ab.

+ + +
Dorf eingeäschert. In Bodliboyce bei Radom (Polen) wurden 120 Häuser eingeäschert. Ausserdem kam viel Vieh in den Flammen um.

+ + +
500 Choleraopfer. In den letzten Tagen starben über 500 Chinesen in Shanghai, Peking und Tientsin an Cholera.

+ + +
Verkehrskatastrophe. In Mexiko-City wurden bei einem Zusammenstoss zwischen einem Eisenbahn- und einem Strassenbahnzug 14 Personen getötet und ebenso viel schwer verletzt.

+ + +
Polizeiskandal. In Nassau (USA; Staat New York) wurden 4 Polizeibeamte des Totschlags, sieben der schweren Körperverletzung beschuldigt. Die Beamten sollen einen jungen Mann im Polizeigefängnis getötet haben.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Alarm auf dem Arbeitsmarkt.

SPD. Der neue Bericht der Reichsanstalt für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein Alarmbericht. Erschreckend klar und deutlich zeigt er, dass die politische Baunruhigung, in die Deutschland durch die Regierungskunst der Hitlerbarone gestürzt worden ist, dem Arbeitsmarkt einen neuen schweren Schlag verletzt hat. Die Arbeitslosenziffern steigen - steigen in der besten Jahreszeit. Wenn der Bericht der Reichsanstalt davon spricht, dass auch schon in den Vorjahren im Juli eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten sei, so ist das keine Entschuldigung; denn wir haben dieses Jahr einen ganz anderen Ausgangspunkt als in den vergangenen Jahren. Aus rein wirtschaftlichen Gründen ist die Verschlechterung des Arbeitsmarktes nicht zu erklären, während wir im Vorjahr die Bankenkrise und vor zwei Jahren das Einsetzen der Weltkrise zu verzeichnen hatten. Auch war die Arbeitslosenzahl nun schon seit längerer Zeit auf der Höhe zwischen 5 und 6 Millionen nahezu stabil. Die neue Verschlechterung hat nicht wirtschaftliche, sondern politische Ursachen. Wohl ist eine neue Regierung da, die Regierung der Hitlerbarone, auf dem Arbeitsmarkt wird es aber - wie die Zahlen zeigen - nicht besser, sondern schlechter. Die Arbeitnehmer müssen sich auf einen neuen bösen, noch böseren Winter gefasst machen.

Der neue Bericht der Reichsanstalt lautet: In der ersten Hälfte des Juli trat, wie in den Vorjahren, eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Am 15. ds. Mts. waren bei den Arbeitsämtern rund 5.492.000 Arbeitslose gemeldet, d.h. um rund 16000 mehr als Ende Juni. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonausserberufe liess nach und kam gegenüber einer geringen, z.T. ebenfalls jahreszeitlich bedingten Verschlechterung in der Gruppe der übrigen Berufe nicht zur Auswirkung.

Im Gegensatz zur Entwicklung am Arbeitsmarkt sind die Unterstützungen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht unerheblich zurückgegangen, eine Entwicklung, die überwiegend auf Aussteuerungen infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Juli rund 875.000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, nach einem Rückgang um rund 66.000. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtage rund 1.490.000 Arbeitslose betreut, d.h. rund 54.000 weniger als Ende Juni. In diesen beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen werden mithin rund 2.365.000 Arbeitslose unterstützt, denen im gleichen Zeitpunkt schätzungsweise 2,2 Millionen Wohlfahrtserwerbslose (Ende Juni 2.163.000) gegenüberstehen dürften.-

Soweit der amtliche Bericht. Im Hochsommer also steigende Arbeitslosigkeit! Ein toller Zustand! Die Landwirtschaft hat alle Hände voll Arbeit; sie ist mitten in der Ernte, allein ihre Nachfrage nach Arbeitskraft wird vollständig durch den Rückschlag auf der Konjunkturseite aufgewogen. In der Textilindustrie, in der Metallindustrie - überall Beschäftigungsrückgang. Aber wer will sich darüber wundern? Deutschland ist ja nur noch ein politisches Experimentierfeld - weil Herr Hitler das so haben will. Die Wirtschaft reagiert darauf mit Zurückhaltung und die Folge ist, dass die Arbeitslosenziffern von neuem steigen.

In der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge haben wir

den Rückgang der Unterstützten durch Aussteuerung festzustellen. Also steigende Wohlfahrtslasten! Bald wird der Zeitpunkt da sein, wo in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge zusammen weniger Arbeitslose betreut werden als in der Wohlfahrt. Die Arbeitslosenversicherung ist zahlenmässig zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Nur noch 16 % der Arbeitslosen und nur noch ein Fünftel der Unterstützten werden zurzeit in der Versicherung betreut.

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir jetzt bereits - jetzt mitten im Sommer - eineinhalb Millionen Arbeitslose mehr. Das ist eine förmliche Schreckensziffer. Denn sie kündigt an, dass wir im kommenden Winter zwei Millionen Arbeitslose mehr haben werden.

Was soll aus Deutschland werden? Lausanne ist vorüber. Reparationen werden schon längst keine mehr bezahlt. Das Arbeitsloseneind nimmt jedoch zu. Die Zahl der Hungernden steigt und der Unterstützungssatz sinkt. Was soll gegenüber diesem grausigen Tatbestand die Illusion des Freiwilligen Arbeitsdienstes, mit der die Regierung der Hitlerbarone die Bevölkerung zu beruhigen versucht! 200 000 junge Leute sollen 40 Wochen lang beschäftigt werden! Tatsächlich sind es noch nicht einmal 200 000; denn von den 55 Millionen, die für den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehen, werden zurzeit ja bereits etwa 75 000 Leute im Arbeitsdienst beschäftigt. In Wirklichkeit können also nur 125 000 mit Beschäftigung im Arbeitsdienst rechnen. Das alles ist doch nichts anderes als ein Tropfen auf den heissen Stein, ja, noch weniger als ein Tropfen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Brüning ist beiseite geschoben worden. Herr Hitler hat andere Sorgen als die Sorgen der Arbeitsbeschaffung. Die Macht der Tatsachen spricht aber auch bereits für die Regierung der Hitlerbarone eine sehr ernste Sprache. Noch ist die Regierung dieser Sprache gegenüber schwerhörig. An dem Volk liegt es daher, bei den Wahlen dieser Sprache Gehör zu verschaffen. Aus den Wahlurnen muss ein Millionenschrei nach Brot den Hitlerbaronen in die Ohren gellen.

SPD. In der Arbeitslosenversicherung gibt es Zuschuss- und Ueberschussgebiete. Das ist nicht neu. Neu ist jedoch, dass aus Arbeitergroschen für Ostelbien förmlich eine neue Art von Osthilfe zur Verfügung gestellt worden ist; denn die Landesarbeitsamtsbezirke Ostpreussen, Schlesien und Pommern haben 1931 nicht weniger als 30 Millionen Zuschuss erhalten, während die hochindustriellen Bezirke Brandenburg und Sachsen 40 Millionen Ueberschuss erbracht haben.

Die reguläre Osthilfe wurde aus Steuergroschen bezahlt. Die Extra-Osthilfe auf dem Weg über die Reichsanstalt wurde aus den Beiträgen niedrig entlohnter Arbeiter und Angestellter bezahlt. Es sind Blutstropfen armer Proleten, mit denen Ostelbien, das Herrschaftsgebiet der Grossagrarien, der Stützen der Hitlerbarone, gespeist wurde.

Den Dank dafür ernten jetzt die Proleten durch den Abbau des Wohlfahrtsstaates, durch Vorbereitung der Allgemeinen Dienstpflicht, und andere Vorbereitungen zur Versklavung der deutschen Arbeiterschaft unter der Knute des Faschismus. Arbeiter räumt bei den Reichstagswahlen mit diesem Irrsinn auf!

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Gewerkschaftliche Rundschau ✖

Alarm auf dem Arbeitsmarkt.

SPD. Der neue Bericht der Reichsanstalt für die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist ein Alarmbericht. Erschreckend klar und deutlich zeigt er, dass die politische Beunruhigung, in die Deutschland durch die Regierungskunst der Hitlerbarone gestürzt worden ist, dem Arbeitsmarkt einen neuen schweren Schlag verletzt hat. Die Arbeitslosenziffern steigen - steigen in der besten Jahreszeit. Wenn der Bericht der Reichsanstalt davon spricht, dass auch schon in den Vorjahren im Juli eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes eingetreten sei, so ist das keine Entschuldigung; denn wir haben dieses Jahr einen ganz anderen Ausgangspunkt als in den vergangenen Jahren. Aus rein wirtschaftlichen Gründen ist die Verschlechterung des Arbeitsmarktes nicht zu erklären, während wir im Vorjahr die Bankenkrise und vor zwei Jahren das Einsetzen der Weltkrise zu verzeichnen hatten. Auch war die Arbeitslosenzahl nun schon seit längerer Zeit auf der Höhe zwischen 5 und 6 Millionen nahezu stabil. Die neue Verschlechterung hat nicht wirtschaftliche, sondern politische Ursachen. Wohl ist eine neue Regierung da, die Regierung der Hitlerbarone, auf dem Arbeitsmarkt wird es aber - wie die Zahlen zeigen - nicht besser, sondern schlechter. Die Arbeitnehmer müssen sich auf einen neuen bösen, noch böseren Winter gefasst machen.

Der neue Bericht der Reichsanstalt lautet: In der ersten Hälfte des Juli trat, wie in den Vorjahren, eine Stockung in der Entlastung des Arbeitsmarktes ein. Am 15. ds. Mts. waren bei den Arbeitsämtern rund 5.492.000 Arbeitslose gemeldet, d.h. um rund 16000 mehr als Ende Juni. Die Aufnahmefähigkeit der Saisonausserberufe liess nach und kam gegenüber einer geringen, z.T. ebenfalls jahreszeitlich bedingten Verschlechterung in der Gruppe der übrigen Berufe nicht zur Auswirkung.

Im Gegensatz zur Entwicklung am Arbeitsmarkt sind die Unterstütztenzahlen der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge nicht unerheblich zurückgegangen, eine Entwicklung, die überwiegend auf Aussteuerungen infolge der langen Dauer der Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In der Arbeitslosenversicherung wurden am 15. Juli rund 875.000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, nach einem Rückgang um rund 66.000. In der Krisenfürsorge wurden am gleichen Stichtage rund 1.490.000 Arbeitslose betreut, d.h. rund 54.000 weniger als Ende Juni. In diesen beiden Unterstützungseinrichtungen zusammen werden mithin rund 2.365.000 Arbeitslose unterstützt, denen im gleichen Zeitpunkt schätzungsweise 2,2 Millionen Wohlfahrtserwerbslose (Ende Juni 2.163.000) gegenüberstehen dürften.

Soweit der amtliche Bericht. Im Hochsommer also steigende Arbeitslosigkeit! Ein toller Zustand! Die Landwirtschaft hat alle Hände voll Arbeit; sie ist mitten in der Ernte, allein ihre Nachfrage nach Arbeitskraft wird vollständig durch den Rückschlag auf der Konjunkturseite aufgewogen. In der Textilindustrie, in der Metallindustrie - überall Beschäftigungsrückgang. Aber wer will sich darüber wundern? Deutschland ist ja nur noch ein politisches Experimentierfeld - weil Herr Hitler das so haben will. Die Wirtschaft reagiert darauf mit Zurückhaltung und die Folge ist, dass die Arbeitslosenziffern von neuem steigen.

In der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge haben wir

uen Rückgang der Unterstützten durch Aussteuerung festzustellen. Also steigende Wohlfahrtslasten! Bald wird der Zeitpunkt da sein, wo in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge zusammen weniger Arbeitslose betreut werden als in der Wohlfahrt. Die Arbeitslosenversicherung ist zahlenmässig zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Nur noch 16 % der Arbeitslosen und nur noch ein Fünftel der Unterstützten werden zurzeit in der Versicherung betreut.

Im Vergleich zum Vorjahr haben wir jetzt bereits - jetzt mitten im Sommer - eineinhalb Millionen Arbeitslose mehr. Das ist eine förmliche Schreckensziffer. Denn sie kündigt an, dass wir im kommenden Winter zwei Millionen Arbeitslose mehr haben werden.

Was soll aus Deutschland werden? Jausanne ist vorüber. Reparationen werden schon längst keine mehr bezahlt. Das Arbeitsloseneiend nimmt jedoch zu. Die Zahl der Hungernden steigt und der Unterstützungssatz sinkt. Was soll gegenüber diesem grausigen Tatbestand die Illusion des Freiwilligen Arbeitsdienstes, mit der die Regierung der Hitlerbarone die Bevölkerung zu beruhigen versucht! 200 000 junge Leute sollen 40 Wochen lang beschäftigt werden! Tatsächlich sind es noch nicht einmal 200 000; denn von den 55 Millionen, die für den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Verfügung stehen, werden zurzeit ja bereits etwa 75 000 Leute im Arbeitsdienst beschäftigt. In Wirklichkeit können also nur 125 000 mit Beschäftigung im Arbeitsdienst rechnen. Das alles ist doch nichts anderes als ein Tropfen auf den heissen Stein, ja, noch weniger als ein Tropfen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung Brüning ist beiseite geschoben worden. Herr Hitler hat andere Sorgen als die Sorgen der Arbeitsbeschaffung. Die Macht der Tatsachen spricht aber auch bereits für die Regierung der Hitlerbarone eine sehr ernste Sprache. Noch ist die Regierung dieser Sprache gegenüber schwerhörig. An dem Volk liegt es daher, bei den Wahlen dieser Sprache Gehör zu verschaffen. Aus den Wahlurnen muss ein Millionenschrei nach Brot den Hitlerbaronen in die Ohren gellen.

SPD. In der Arbeitslosenversicherung gibt es Zuschuss- und Ueberschussgebiete. Das ist nicht neu. Neu ist jedoch, dass aus Arbeitergroschen für Ostelbien förmlich eine neue Art von Osthilfe zur Verfügung gestellt worden ist; denn die Landesarbeitsamtsbezirke Ostpreussen, Schlesien und Pommern haben 1931 nicht weniger als 30 Millionen Zuschuss erhalten, während die hochindustriellen Bezirke Brandenburg und Sachsen 40 Millionen Ueberschuss erbracht haben.

Die reguläre Osthilfe wurde aus Steuergroschen bezahlt. Die Extra-Osthilfe auf dem Weg über die Reichsanstalt wurde aus den Beiträgen niedrig entlohnter Arbeiter und Angestellter bezahlt. Es sind Blutstropfen armer Proleten, mit denen Ostelbien, das Herrschaftsgebiet der Grossagrarien, der Stützen der Hitlerbarone, gespeist wurde.

Den Dank dafür ernten jetzt die Proleten durch den Abbau des Wohlfahrtsstaates, durch Vorbereitung der Allgemeinen Dienstpflicht, und andere Vorbereitungen zur Verklavung der deutschen Arbeiterschaft unter der Knute des Faschismus. Arbeiter, räumt bei den Reichstagswahlen mit diesem Irrsinn auf!

SPD. Der Reichsarbeitsminister hat die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt.

Die Opfer klagen an.

Was haben die "Retter" aus Deutschland gemacht? - Der Hungertod nimmt zu - Hunger treibt Jugendliche zum Selbstmord - Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

SPD. In letzter Zeit ist immer wieder von der ärztlichen Wissenschaft darauf hingewiesen worden, dass die Unterernährung der Arbeiterbevölkerung schlimmer sei als während des Krieges und während der Inflation. Einen neuen Beweis für diese Tatsache erbrachte am Freitag=Abend in einem Vortrag Dr. Boenheim. Boenheim ist der dirigierende Arzt des Hufeland-Hospitals in Berlin. Seine Untersuchungen erstrecken sich in der Hauptsache auf das Jahr 1930. Seitdem dürften die Dinge sich stark verschlimmert haben. Man hat auch den Eindruck von den Boenheimschen Darstellungen, dass sie von Ausnahmefällen und aussergewöhnlichen Erscheinungen völlig absehen, dass sie sich auf Durchschnittszahlen beschränken, dass sie alles vermeiden, was einer böswilligen Kritik Veranlassung geben könnte, die Auswirkungen der Krise und der Arbeitslosigkeit auf den Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung zu bestreiten. Aber auch so genügt das von Boenheim gesammelte und vorgetragene Material. Wir lassen die Boenheimschen Feststellungen für sich selbst sprechen:

Wie eine Rundfrage bei den Krankenhäusern zeigt, werden viele Patienten in einem Zustand bedenklichster Unterernährung aufgenommen. Es sind katastrophale Untergewichte beobachtet worden. Eine Patientin wog z.B. bei ihrer Einlieferung ins Krankenhaus 24 kg. Diese Unterernährung war nicht auf ein organisches Leiden zurückzuführen. Es war glattes Verhungern. Die Patientin erholte sich auch bei entsprechender Pflege in kurzer Zeit bis zu einem Gewicht von 42 Kilogramm. Ueberhaupt klagen die Krankenhausdirektoren, dass sich die Patienten aus der Arbeiterbevölkerung viel zu spät krank melden. Die Arbeiter wollen nicht krank sein. Sie fürchten, ihre Arbeitsstelle zu verlieren, wenn sie krank sind und ins Krankenhaus müssen. Die Aerzte des Eppendorfer Krankenhauses in Hamburg stellten einwandfrei fest, dass Menschen, die längere Zeit arbeitslos waren und die dann das Glück hatten, Arbeit zu finden, die Arbeit einige Zeit nicht befriedigend verrichten konnten, da sie unterernährt und zu schwach waren.

Folgende Feststellungen Boenheims erschüttern: Den Hungertod kennen die amtlichen Statistiken nicht, aber es gibt viele Menschen, die am Hungertod sterben, die "schleichend verhungern". Die unmittelbare Todesursache ist dann freilich Herzschlag, unklare Diagnose oder eine Infektionskrankheit.

Die Behauptung, die man so oft hört, dass sich breite Schichten der Bevölkerung heute besser ernähren als vor dem Kriege, ist völlig grundlos.

Wie das "Besserernähren" der Bevölkerung aussieht, beweisen die Kontrollen der Ernährungsweise der Haushaltungen, die durch Fürsorgeschwestern vorgenommen worden sind. Umfassende Erhebungen im Jahre 1930 haben für Berlin ergeben, dass nicht nur die arbeitslosen Familien, sondern die Familien noch beschäftigter Arbeiter zu 80% die als wissenschaftlich für notwendig erachteten Nahrungsmittel weder der Art noch der Qualität nach zu erstehen in der Lage sind.

Beweist auch die Zunahme der Selbstmordepidemie. Was soll die Menschheit

noch soziales Gewissen erhalten hat, sagen, wenn in der Kinderklinik gen festgestellt werden musste, dass Kinder Selbstmordversuche vornehmen und dass das Motiv dabei Hunger, soziales Elend ist.

Die Kinder sind überhaupt ein besonderes Kapitel. Der Direktor der Kinderklinik in Heidelberg, Professor Dr. Moro, stellt fest, dass die Rhachistia starke Ausbreitung erhält, nachdem diese furchtbare Geißel der Menschheit in vielen deutschen Städten während der Nachkriegszeit fast völlig verschwunden war. Die Kinderklinik der Universität Heidelberg stellt weiter fest, dass die gesundheitlichen Schäden bei Kleinkindern zum gewichtigen Anteil auf Mangel an ausreichender Obst- und Gemüseernährung zurückzuführen sind. Im Osten Berlins ergab sich, dass Kinder im Wachstumsalter nicht einmal genügend Brot erhalten. Zehntausende von Kindern sind im Wachstum um 5 bis 6 Zentimeter zurückgeblieben. Bei zehntausenden von Kindern ergab sich bei der ersten Einschulung ein Mindergewicht von 1,6 Kilogramm im Durchschnitt. Bei der ersten Impfung mussten 13,6 Prozent der Impflinge aus ärztlichen Gründen zurückgestellt werden, weil der Gesundheitszustand die Impfung nicht zuließ.

Zum Schluss - wir könnten die von Boenheim mitgeteilten Fälle beliebig erweitern - ein Wort zu den Wohnungsverhältnissen:

Die Wohnungsnot zeitigt greuliche Sitten. Die Kinderprostitution und die Geschlechtskrankheiten unter den Kindern nehmen zu, der Alkoholismus steigt. Kein Wunder, wenn Boenheim feststellt, dass drei Kinder in einem Bett, dass Kinder mit Erwachsenen zusammen schlafen müssen.

Boenheim schloss seine Darstellungen damit ab, dass es im Krieg eine "Mangelkrise" war, die die Volksgesundheit ruinierte. Dass es heute aber eine "Verteilungskrise" ist.

Das ist die Geißel des kapitalistischen Systems!!!

Aber gegenüber diesen Dingen, die unser Volk ruinieren, haben die heutigen Machthaber keine Augen. Man hat den Wohnungsbau unterbunden und pfercht die Bevölkerung in Wohnlöcher zusammen. Man hat die Zölle auf Schmalz und Speck erhöht. Man hat den Butterzoll erhöht. Man hält durch Subventionen die Getreidepreise überhöht. Man droht mit der Margarinesteuer. Die Zuckersteuer drohelt den Konsum und eine hinreichende Ernährung. Im Augenblick, wo gerade die kleinen Kinder unter Mangel an Früchten und Gemüse leiden, empfehlen die Nazis der Adelsregierung das Südfrüchtemonopol, also Abschnürung der Früchteeinfuhr und Verteuerung der Früchte.

So sieht das System der Nazis aus. Das ist das Werk der Hapenheimer.

Wählt am 31. Juli Sozialdemokraten, Liste I. Die Zustände sind menschenunwürdig. Besser machen können es nur die Sozialdemokraten!

SPD. Die unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers in den letzten Tagen in München stattgefundene Konferenz der Landwirtschaftsminister der einzelnen Länder hat sich vor allem mit der Frage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft beschäftigt. Ausserdem wurde am ersten Tage die Frage der Ausdehnung der Osthilfe auf ostbayrische Landesteile behandelt, die inzwischen durch eine entsprechende Verordnung des Reichspräsidenten im bayrischen Sinne entschieden ist. Die Aussichten der verschiedenen Länderminister über die Massnahmen, die zur Verbesserung der Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft führen sollen, waren sich sehr ähnlich, wie aus der amtlichen Mitteilung hervorgeht. Schutz des Binnenmarktes hiess die Lösung. Auch wurde die Verteuerung von Speck und Schmalz durch Beseitigung der Zwischenzölle als Anfang zur Errichtung eines wirksamen Schutzes für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse angesehen und der Erwartung Ausdruck gegeben, dass auf diesem Wege mit Tatkraft fortgeschritten wird. Wenn man sich die Liste der teilnehmenden Länderminister ansieht, unter denen Nazis und Landbundeute reichlich vertreten waren, so kann man sich nicht

völlig falschen Ansichten wundern, die auf dieser Konferenz geäußert
Schutz des Binnenmarktes ist nichts anderes als eine Phrase, mit deren
Hilfe die Butter- oder Schweinepreise um keinen Pfennig steigen. Die Veröf-
fentlichungen der Wissenschaftler in den letzten Wochen, die sämtlich zu dem
Schluss kommen, dass in einer Zeit wie der heutigen, in der die Einfuhr keine
ausschlaggebende Rolle für die Ernährung der Bevölkerung mehr spielt, die Hö-
he des Einkommens der Verbraucherschaft, der Industriearbeiter, ausschlaggebend
die Höhe der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beeinflussen, sind an-
scheinend von den Herren Ministern noch nicht gelesen worden. Diese Leute
sind anscheinend lediglich damit beschäftigt, Klagen der landwirtschaftlichen
Organisationen entgegenzunehmen und sie zu studieren.

Die Wahrheit, dass durch die Absperrungsmanie (die nicht die geringste
Besserung des Einkommens der Landwirtschaft bringt, weil bei jeder Preisstei-
gerung sofort eine Konsumeinschränkung erfolgt) nur erreicht wird, dass unser
Export weiter eingeschränkt wird und die Arbeitslosigkeit steigt, sollte aber
endlich auch bis in die Köpfe der verantwortlichen Landwirtschaftsminister ge-
drungen sein. Sie brauchten nur einmal die Aussenhandelsstatistik zu lesen,
dann würden sie sehen, dass durch die Erhöhung des Butterzolls und die Kontin-
gentierung der Einfuhr unser Export nach Dänemark mehr als halbiert worden
ist. Unserer Landwirtschaft hat aber die Erhöhung des Zolls direkt gar nichts
genutzt, im Gegenteil durch die Verringerung des Exports ist eine Schrumpfung
des Einkommens der Industriearbeiterschaft erfolgt, die sich wiederum zum
Schaden der deutschen Landwirtschaft ausgewirkt hat.

Schluss mit dieser Wirtschaftspolitik, die in falschverstandener Fürsor-
ge für die Landwirtschaft die Kaufkraft des deutschen Volkes schwächt und da-
mit den Bauern das Grab gräbt.

SPD. Am Donnerstag fand in Berlin die Generalversammlung der Schultheiss-
Patzenhofer A.G., des grössten deutschen Braukonzerns statt, die unter den
Katzenellenbogen-Skandal den Schlusstrich ziehen soll. Wir erinnern noch ein-
mal daran, dass dieser Skandal in der Hauptsache dadurch entstand, dass der Lei-
ter des Konzerns, Ludwig Katzenellenbogen, ohne Wissen des Aufsichtsrats Schult-
heissaktien aufkaufte und zur selben Zeit Schultheissaktien verkaufte und
durch dieses, sehr anfechtbares Geschäft das Unternehmen mit einer Schulden-
last von einigen Dutzend Millionen belastete. Es bestand die Gefahr des Zu-
sammenbruchs des Unternehmens, wodurch rund 6 000 Arbeiter mit 25 000 An-
gehörigen arbeitslos geworden wären.

Die Schuldigen am Schultheisskandal sind vor Gericht milde weggekommen.
Man erinnerte sich aber an die Szenen vor dem Moabitser Gericht als am Donner-
tag der Leiter der Commerz- und Privatbank, Friedrich Reinhart, ein bedeu-
tender "deutscher und nationaler Mann", der in die ganze Affäre stark verwik-
kelt war und der mit Ludwig Katzenellenbogen sehr zusammenhängt, zum zweiten
Vorsitzenden der Schlusstrich-Generalversammlung bei Schultheiss-Patzenhofer
gewählt wurde. Auch sonst kommen die Schuldigen gelinde weg. Der Generalver-
sammlung lag am Donnerstag ein Sanierungsprogramm vor, das mit Zustimmung der
geldgebenden Banken durchgeführt werden kann, wenn keine Ersatzansprüche an die
frühere Leitung des Unternehmens, die die Riesenverluste verschuldete, gestellt
werden. Zum Trost versprach die Leitung von Schultheiss eine Dividende auf das
im Verhältnis von 5 : 3 zu kürzende Kapital. Die Dividende ist also gerettet.
Aber Millionen sind verpulvert. Gerade der Schultheisskandal hat für weite
Gebiete unseres Wirtschaftslebens schlimme Folgen gehabt.

Angesichts der glimpflichen Behandlung der Schuldigen auch in der Gene-
ralversammlung sei daran erinnert, mit der Bemerkung, dass der vor der Schult-
heissgeneralversammlung geforderte Verzicht auf Schadenersatz geradezu an-

ss, dass sich derartige Skandale wiederholen. Hinther wird ja doch
el der christlichen Nächstenliebe darüber gedeckt - sofern man Gross=
ab. und Millionär ist.

SPD. Wie sehr die Zoll- und Preispolitik der von den Nazis gestützten
Adelsregierung unsere Ernährung verteuert, die Beschäftigungsmöglichkeiten
verringert und die Volksgesundheit ruiniert, geht aus folgender Aufstellung
hervor:

	<u>Preise in Berlin</u>	<u>Preise auf dem Weltmarkt</u> (Freihafen Hamburg)
	(in Reichsmark für Ende Juli.)	
Weizen pro Tonne	250	85
Roggen " "	185	70
Hafer " "	160	75
Gerste " "	165	72
Mais " "	180	63
Zucker pro Zentner	32	5

Unter dieser Preis- und Zollpolitik leiden Verbraucher und die Bauern,
die teure Futtermittel kaufen müssen. Es ist höchste Zeit, dass hier eine Äen-
derung erfolgt. Die Wirtschaft kann diese Preisdespotie nicht länger ertragen.
Die Preisbildung muss vom grossagrarischem Einfluss befreit werden. Wählt
deshalb am 31. Juli Sozialdemokraten, Liste 1!

SPD. Die Nazis ziehen tagtäglich durchs Land und versuchen den Bauer
ezufangen. Seitdem das System im Reich und in Preussen, so behaupten sie,
beseitigt sei, stünde es schon viel besser um die Lage der Landwirtschaft.
Das ist nicht ganz unrichtig. Der Herr Baron von Braun, der jetzt Reichser-
nährungsminister ist, hat eine Menge für die Grossgrundbesitzer getan, für die
grossen Getreideproduzenten, die ja seine Standesgenossen sind. Was aber tat
er für den kleinen Landwirt? Was tat die Regierung der Barone und der Nazis
für den Bauern?

Die Nazis rühmen sich z.B. - allerdings nur in den Zeitungen, die nach
dem Land gehen, nicht in den städtischen Veröffentlichungen -, dass sie für
Erhöhung des Frühkartoffelzolls von 2 auf 4 Mark und die Kontingentierung der
Einfuhr auf 70 % des Vorjahreimports gesorgt hätten. Das wird so als besondere
Tat der Nazis geschildert. Die Massnahmen sind nicht zu leugnen. Sie haben
aber nur die Importländer, vornehmlich Italien, Holland und Belgien, verärgert.
Das merken wir an unserer Warenausfuhr, am Steigen der Arbeitslosigkeit; der
Bauer merkt es daran, dass die städtische Bevölkerung immer weniger kaufen
kann, womit der Bauer für seine Waren immer schlechtere Preise erhält. Der
Kartoffelzoll hat auch die Kartoffelpreise in Deutschland nicht erhöht. Die
diesjährige Ausdehnung der Frühkartoffelanbaufläche macht rund 9 000 Hektar
aus. Das bedingt eine Mehrproduktion von etwa 110 000 Tonnen. Der Deutsche
Landwirtschaftsrat selbst muss feststellen, dass das Ausland keinen Anreiz
zur Belieferung des deutschen Marktes mehr findet und versucht, seine Kartof-
feln anderweitig unterzubringen. Wir aber fragen, ist damit etwas Positives
für den Bauer getan? Wir müssen diese Frage verneinen.

Angesichts dieser Tatsachen mutet es geradezu lächerlich an, wenn der
der Reichsernährungsminister Baron von Braun immer von seinem "entschlossenen
Willen" spricht, die katastrophale Lage der bäuerlichen Veredelungswirtschaft
erträglich zu gestalten. In demselben Augenblick, wo der Herr Baron im Reichs-
ernährungsministerium das über die Lage des Bauernstandes in Deutschland sag-

Der Monopolpreis für Mais, das wichtigste Schweinefutter, von 140
 180 Mark erhöht. Aber auch die Hühnerhalter haben etwas von der
 "Bauernfreundlichkeit" des Herrn Barons von Braun erfahren. Das bisher in
 jeder Menge verfügbare Hühnerfutter, die Hirse (Dari), wurde in die Monopolbe-
 wirtschaftung einbezogen. Aus dem einzigen Grunde, dieses Hühnerfuttermittel
 auch zu verteuern.

Das hat die Hühnerhalter, denen es sicherlich nicht gut geht, masslos em-
 pört. Der Vorteil der unter dem Kabinett Brüning durchgeführten Hühnerweizen-
verbilligung, für die sich besonders die Sozialdemokratie einsetzte, ist durch
 die oben erwähnte Massnahme der Baron- und Naziregierung wieder zunichte ge-
 macht worden. Die Hühnerhalter müssen auch noch berücksichtigen, dass es sich
 bei der Verbilligung des Hühnerweizens nur um eine einmalige Aktion gehandelt
 hat. Die gegenwärtige Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, dass die
Hühnerfuttermittelverbilligung nicht weiter geführt wird.

Der Bauernstand in Deutschland gibt diesen "Bauernfreunden" die richtige
 Antwort, indem er am 31. Juli Liste 1 Sozialdemokraten wählt.

Preissteigerung hält an.

(Berliner Getreidebörse vom 21. Juli.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse blieb am Donnerstag die Stimmung
 für Brotgetreide aus alter Ernte weiter fest. Insbesondere war alter Weizen
 gefragt, während das Angebot klein blieb. Für schnell verladbare Ware aus
 neuer Ernte war reges Interesse vorhanden, sodass Aufgelder erzielt wurden.
 Dagegen war die Stimmung für Herbstweizen recht ruhig. Die Preise für Lokowa-
 re wurden um 4 Mark heraufgesetzt. Auch Weizen für Julilieferung wurde 3 Mark
 höher notiert, während die späteren Sichten zum Teil nur unwesentliche Preis-
 aufbesserungen erzielen konnten. Prompter Roggen aus neuer Ernte war ebenfalls
 rege gefragt und erzielte gleichfalls Aufgelder. Später lieferbare Ware war
 zwar knapp angeboten, fand aber gleichwohl kein Interesse. Die Preise waren
 eher rückläufig; auch die Notierungen für die späteren Sichten waren leicht
 herabgesetzt. Juliroggen zog dagegen in der Notiz an. Am Mehlmarkt zeigten
 sich keinerlei Veränderungen, lediglich für den laufenden Bedarf konnten klei-
 ne Umsätze zu prompter Lieferung erzielt werden. Herbstmehl war sehr vernach-
 lässigt. Für Hafer war die Stimmung stetig. Das Angebot war nicht dringend,
 jedoch kam es nur schwer zu Abschlüssen, da die von den Eignern vielfach ver-
 langten höheren Preise nicht durchzusetzen waren. Für Futtergerste war die
 Tendenz fest.

	20.7.	21.7.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	241 - 243	245 - 247
Roggen	-	-
Futter- und Industrieroggen	160 - 172	161 - 172
Hafer	159 - 164	161 - 166
Weizenmehl	29,50 - 33,75	29,25 - 33,75
Roggenmehl	24,75 - 26,50	24,75 - 26,50
Weizenkleie	11,50 - 11,80	11,60 - 11,90
Roggenkleie	10,25 - 10,60	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 260 (Vortag 257), Sept. 227½
 (227½), Okt. 228½-228 (228), Dez. 230½-230¼ Brief (230), Roggen Juli, 184 (183),
 Sept. 176-175¾ (176¼); Okt. 176-175¾ (177), Dez. 179¾-179½ (180) Hafer Juli
 173¾-175 (170), Sept. 150 (-).

Die sozialistische Frau

R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 55.

Berlin, den 21. Juli 1932.

Wenn ich viel Geld hätte...^x

SPD. Ist das nicht der Wunschtraum von Millionen? Wenn ich einmal viel Geld hätte... Still und bescheiden fügt man hinzu: wenn ich überhaupt Geld hätte! Alles, was man haben möchte, kostet Geld. Nur das Ausmalen, was man täte, wenn man einmal..., das kann man umsonst haben. In der Phantasie zu schwelgen, Luftschlösser zu bauen und auf das grosse Los zu warten, ist ja ein unschuldiges Vergnügen. "Wenn ich einmal viel Geld hätte..." hat nichts mit dem täglichen Stosseufzer zu tun: "Wenn ich nur einmal so viel Geld hätte, dass ich nicht die ewigen Sorgen zu haben brauchte!" Bei dem handelt es sich um ganz reale Dinge. Da sitzt einem die Miete auf dem Halse; da müssen die billigsten Nahrungsmittel gekauft werden, weil das Geld nicht hin und nicht her reicht; Kleidungsstücke fehlen, Schuhe, Wäsche, ein Haushaltsgegenstand usw. Das Wunschbild vom vielen Gelde geht über das Notwendige hinaus. Man möchte einmal grenzenlos glücklich sein, einmal verschwenden und, ohne rechnen zu müssen, ausgeben können.

Auch Kinder haben diese Wunschträume, und da hat einmal eine ganze Schulklasse einen Aufsatz über das Thema geschrieben: Wenn ich einmal viel Geld hätte..." Ein Junge schreibt: "O, wär ich froh, wenn ich jetzt auf einen Schlag eine Million Mark hätte. Ich wüsste schon, was ich damit anfangen sollte. Ein Flugzeug hätte ich mir in erster Linie gekauft. Ich würde damit in die Schweiz fahren. Von da aus setzte ich über den Ozean nach Amerika. Dort liess ich mir eine Villa bauen mit einem Fussballplatz und kaufte mir ein paar Fussballstiefel und einen Fussball. Dann hätte ich den ganzen Tag Fussball gespielt. Ich hätte mir noch ein Reitpferd gekauft und einen Schäferhund." Ein anderer schreibt: "Erst mal würde ich mich kleiden wie ein Gentleman. Ein schönes Wohnhaus liess ich mir bauen. Ein Auto, bester Marke, kaufte ich mir. Grosse Reisen mit Dampfer und Zppelin würde ich dann unternehmen." Max dagegen ist schon recht geschäftstüchtig: "Ich kaufe mir ein Flugzeug, schaffe mir einen Piloten an und fahre dann nach Amerika. Ich lasse mir ein Kurhotel am Erisee bauen. Dann kaufe ich mir eine Segelyacht und verleihe sie an die Kurgäste gegen Geld."

Die Kinder sind in der Inflationszeit aufgewachsen. Schon mit der Muttermilch haben sie das Gefühl der Unsicherheit eingesogen: "Wenn ich einmal viel Geld hätte. Tja, was denkt ihr wohl, was ich damit machen würde. Denkt ihr, auf die Sparkasse, ne, ne! Da macht die Bank auf einmal Bankrott, und ich sitze da, und mein Geld wäre futsch. Ich würde mir ein schönes Auto kaufen, womit ich in der Weltgeschichte umhersausen könnte. Und dann, ja was dann? Eine schöne Villa würde ich mir dann kaufen, worin ich mit meiner Frau wohnte. Dann würde ich mir ein Klavier kaufen, worauf meine Tochter üben müsste. (!) Dann würde ich mir im Garten eine Pavillon bauen lassen."

Die Aufsätze sind in drei Gruppen einzuteilen. Die oben zitierten stammen von reinen Egoisten. Diese Kinder haben nur persönliche Wünsche und das Ideal eines gesicherten Rentnerlebens. Alle wollen nämlich das übrige Geld auf die Sparkasse bringen und "immer mehr Geld dazu sparen". Die zweite, grössere Gruppe wird hauptsächlich von Mädchen gebildet. Sie wollen einesteils ihre eigenen Wünsche erfüllt haben, zum andern mit ihrem Gelde Gutes tun. Die Eltern und die Schule sollen von dem Gelde Nutzen haben. Dannaber würden sie "arme Kinder unterstützen, Arme und Notleidende auch nicht vergessen, für Kranken-

Waisenhäuser und die Armen eine grosse Summe Geld stiften." Bei eini-
ern besteht schon ein stark entwickelter Gemeinschaftssinn. Als per-
ne Wünsche nennt ein Mädchen "Fahrrad, Puppe mit Zubehör, schönes Essen
z.B. Gänsebraten und Torten". Alle andern Wünsche jedoch geltender Schulgemein-
schaft: "Dann hätte ich jeden Sonnabend 5 Mark mit zur Sparkasse genommen
und meine Landheimsparkasse auf einmal bezahlt. Ich hätte auch anderen Kindern
deren Vater arbeitslos ist, Geld geschenkt. Die würden sich dann sicher freuen.
Ich hätte auch Geld mit zur Schule gebracht und unsere Klasse hätte dann
eine schöne Tour gemacht, vielleicht nach dem Rhein oder nach dem Harz. Der
Ausflug müsste dann aber mindestens eine Woche dauern. Dann hätte ich auch
Geld für Stühle mitgebracht, denn im Werkraum sind nur so kleine Böcke, auf
denen man sehr schlecht sitzen kann. Ich hätte auch unserem Lehrer Geld gege-
ben, damit er den Kindern, die mit der Strassenbahn fahren, Fahrkostenzuschuss
geben könnte. Ich hätte mir auch ein Auto gekauft. Dann könnten wir jede
Woche ausfahren. Ein anderes Mal hätte ich Geld für einen Rundlauf mitgebracht,
weil wir in unserer Turnhalle keinen haben. Ich hätte auch eine Blumenvase ge-
kauft, denn in unserer Klasse haben wir keine." Auch andere Kinder wollen prak-
tische Dinge für die Schule verwirklichen: ein schönes Planschbecken für das
Landheim bauen; der Verwalterin des Landheims so viel Geld geben, dass jedes
Kind essen könnte.

Ein einziger Junge hat noch keine rechte Vorstellung vom Werte des Geldes.
Er wünscht sich eine Erbschaft von 1000 Mark und will damit ebenso viel wie die
Millionäre tun: "Dann freute ich mich riesig, aber wann kriegen wir mal 1000
Mark zu sehen. Wenn ich mal so viel Geld kriege, denn wüst ich schon, was ich
damit machen könnte. Auf ein paar Mark käm es nicht an. Ich lebte dann wie
ein Edelmann. Die Menschen, die gegen mich gut sind, kriegen dann auch ein
paar Mark von mir geschenkt. Die Waisenhäuser und Altersheime würde ich schon
gut versorgen. Das andere Geld brächte ihr zur Sparkasse. Das wird aber ein
froher Tag werden."

Viele Kinder kennen nichts anderes, als dass ihr Vater zum Arbeitsamt
oder zum Wohlfahrtsamt gehen muss. Deshalb schreibt ein Junge: "Dann soll mein
Vater nicht mehr das Geld vom Arbeitsamt holen. Dann kann er es anderen Ar-
beitslosen überlassen. Auch werde ich Geld nach dem Wohlfahrtsamt geben und
so den Leuten eine Sorge abnehmen."

Wenn ich einmal viel Geld hätte.... Diese Elfjährigen könnten denen etwas
von ihrem sozialen Verständnis abgeben, die viel Geld haben.

Eté.

Minna Cauer. ^x

SPD. Der zehnte Todestag von Minna Cauer (3. August) und der 60. Geburtstag
von Else Lüders (27. Juli) lenken erneut unsere Aufmerksamkeit auf zwei verdien-
volle Vorkämpferinnen der Frauenbewegung, die zeitlebens durch treue Freund-
schaft miteinander verbunden gewesen sind. Wer den Eindruck der starken Per-
sönlichkeit Minna Cauer nicht mehr erlebt hat, dem wird sie lebendig durch
die Biographie, die Else Lüders im Leopold Klotz Verlag, Gotha, als ihre be-
rufenste Schülerin über sie veröffentlicht hat. Man möchte dieses Buch, zusam-
mengesellt aus Tagebuchblättern, Briefen und persönlichen Erinnerungen, in
die Hände der jungen Generation legen, denn ein mitreissendes Vorbild ist
"diese einzigartige Persönlichkeit in all ihrer Lieblichkeit, ihrer Grösse und
ihrer Tragik", wie Else Lüders Minna Cauer nennt.

Das Leben Minna Cauer verkörpert zugleich das tiefste Glück und das tief-
ste Leid, das Irdischen zuteil wird. Immer hat sie zu denen gehört, die voran-
wollten im Leben. Immer hat ihr Herz heiss geschlagen für die, die verfolgt

annt wurden. Und es erscheint mir besonders bedeutungsvoll, dass in
it, in der die Frauenbewegung so oft verhöhnt wird als eine "Art Ret-
er für alte Jungfern, hingewiesen werden darf auf diese Führerin, die
glückliche Gattin und Mutter war und als solche alle Höhen und Tiefen des
Schicksals des Weibes erleben durfte. Lernen und Lehren halfen ihr, den Ver-
lust um ihr verlorenes Glück zu überwinden. Eigenes Erleben (es wurde ihr ge-
sagt: "Witwen haben sich zu fügen; nach dem Tode des Mannes gelten sie als
Null.") führte die zunächst Kinderlose, später zum zweiten Male Witwe Geworde-
ne zur Frauenbewegung. Der Kampf war schwer in jener Zeit. "Wir enden tragisch
und leiden ein Martyrium, wenn wir die Zukunft zu früh in die Gegenwart hinein
tragen wollen," schrieb sie einst prophetisch. Wie kaum eine Frau war Minna
Cauer Vorkämpferin neuer Gedanken. Sie ersehnte für ihr Volk eine demokratische
Verfassung und eine freiheitlich-fortschrittliche Entwicklung, denn nur unter
diesen Bedingungen erschien ihr die erstrebte Gleichberechtigung der Frau er-
reichbar. Immer stand sie auf dem radikalen Flügel der Frauenbewegung. Das
brachte es mit sich, dass die Zahl ihrer Anhänger klein war, dass sie viele
Feinde hatte. Schon damals beschäftigte sie sich mit der Frage: "Wie kann der
Bund Deutscher Frauenvereine eingreifen, um der Besserung der wirtschaftlichen
sozialen und politischen Lage der deutschen Frauenwelt gerecht zu werden?"
Die gleiche Frage beschäftigt ja auch heute die jüngere Generation sehr stark.
Immer bekannte Minna Cauer: "Ich arbeite weder für die noch nicht reife Frau,
noch um den Männern zu gefallen, auch nicht, um die öffentliche Meinung zu
schönen. Ich arbeite für eine Idee, für eine neue Weltanschauung, nicht um
dieser oder jener Menschen willen, sondern im Namen der Gerechtigkeit und Wahr-
heit. Menschen vergehen; Ideen währen ewig." So stand Minna Cauer auch dem So-
zialismus sehr nahe. Sie glaubte an die Macht der Masse, doch nur einer erzoge-
nen Masse, und sah es als Aufgabe unsrer Zeit an, die Masse zu erziehen. Es
war eine ihrer grössten Freuden, dass bei Kriegsausbruch ein Zusammengehen
der bürgerlichen mit den sozialdemokratischen Frauen ermöglicht wurde.

Minna Cauer erlebte die Verwirklichung des Frauenstimmrechts. Es brachte
ihr manche Freude, doch auch - in der politischen Stellungnahme der Frauen -
manche Enttäuschung. Oft erlebt man es ja, dass die Saat, die man ausstreut,
andere Früchte trägt als die erhofften. Minna Cauer gehörte zu den Menschen,
die "leidend und unterliegend die Menschheit vorwärts führen."

Ihre Biographin Else Lüders sammelt den Kreis derer um sich, die das An-
denken Minna Cauers in Ehren halten. Sie gehört zu den bedeutendsten und lie-
benswürdigsten Erscheinungen der heutigen deutschen Frauenwelt. Nachdem sie
von 1906 bis 1919 in dem von dem Führer der Sozialreform, Professor Dr. Ernst
Francke, geleiteten gemeinnützigen Büro für Sozialpolitik tätig gewesen war,
wurde sie am 1. Januar 1920 in das Reichsarbeitsministerium berufen. Hier bear-
beitet sie als Oberregierungsrat hauptsächlich die sozialpolitischen Fragen der
Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten und wirkt für den erhöhten Schutz
der erwerbstätigen Jugendlichen, für Mutterschutz, für den Schutz der Heimar-
beiter u.a.. Daneben hat sie als Freundin und Mitarbeiterin Minna Cauers eine
starke Vortragstätigkeit und eine reiche literarische Tätigkeit entfaltet, so-
wohl für die von Minna Cauer geleitete Zeitschrift "Die Frauenbewegung" wie
für die von Ernst Francke herausgegebene Zeitschrift "Soziale Praxis". Sie
plant noch die Herausgabe eines Ergänzungsbandes "Minna Cauer in Briefen an
ihre Freunde". Wie tief und dankbar Minna Cauer die verehrungsvolle Freund-
schaft von Else Lüders empfunden hat, geht aus den Worten hervor, die sie
bereits 1899 an ihre so viel jüngere Freundin schrieb: "Dass Sie meine treue
Mitarbeiterin geworden sind, ist für mich ein Schatz, den ich sehr hoch ein-
zuschätzen weiss, höher, als Sie ahnen."

In Liebe und Treue, rein und leuchtend hat Else Lüders das Bild ihrer
mütterlichen Freundin gestaltet. Sie hat im Sinne Minna Cauers weitergestrebt

...itet für die, die auf der Schattenseite des Lebens stehen. So sind
dieser beiden Frauen untrennbar verbunden mit der Frauenbewegung
...htungen, und wir wünschen Else Lüders zu ihrem 60. Geburtstag, dass
...lange die Möglichkeit habe, ihre eigene Lebensarbeit durchzuführen
und das Andenken Minna Cauers lebendig zu erhalten.

Anna Bloss.

Die andere Seite.^x

SPD. (Zelle im Untersuchungsgefängnis; ein mit allem Komfort einer Gefängniszelle ausgestattetes Gemach. Auf einem Stuhle sitzt ein junger Mann und unterhält sich mit dem Geistlichen, der die zweite Sitzgelegenheit mit Beschlag belegt hat. Die Bewegungen des Mannes sind jünger als sein Gesicht.)

Pastor: "Wie kam denn eigentlich die ganze Sache?"

Stolle: "Das ist sehr einfach, Herr Pastor. Sie wissen, dass Mathilde und ich uns auf das Kind freuten, ja, im innersten Herzen doch freuten. Dass wir nicht verheiratet sind - ist eine Sache für sich ..."

Pastor: "... die aber doch eine ziemliche Rolle spielt."

Stolle: "Gewiss, Herr Pastor. Aber darüber später. Zunächst wurde Mathilde aus ihrem Dienst entlassen. Als es ihr in Ehren ergrauter Vater erfuhr, riß gelte er mir die Türe vor der Nase zu. Doch das ist noch das Wenigste, obgleich mir wenig verständlich. Aber dann tat er etwas, das ich ihm nicht so leicht vergesse. Er schlug auf Mathilde ein, wie man auf kein Tier einschlägt. (Stolle steht auf, lehnt sich an die feuchte Wand. Pause.)

Stolle, fortfahrend: "Ach so, verzeihen Sie, Herr Pastor, ich habe eine ziemliche Phantasie und muss mir deshalb diese schöne Erinnerung immer wieder vormalen. Also weiter: Sie wissen, Mathilde kam zu mir und zeigte mir ihren wunden Rücken. Seit jenem Tage blieb sie - bei mir!"

Pastor: "Sie blieb bei Ihnen? Ich verstehe. Aber die Öffentlichkeit... ich meine, wäre es nicht besser gewesen, Sie hätten das Mädchen..."

Stolle: "...wieder zu ihren Eltern geschickt? - Nein? - Also dann auf die Strasse? - Auch nicht?"

Pastor: "Nun, es hätte sich wohl eine bekannte Familie gefunden, die hier wohltuend eingegriffen hätte."

Stolle: "Abgesehen davon, dass jeder aus der bürgerlichen Gesellschaft Angst dabei geschwitz hätte, in unangenehme Situationen zu kommen; jedenfalls war ich der Einzige an diesem Abend, der Mathilde helfen konnte."

Pastor: "Hm, und was geschah weiter, lieber Herr Stolle?"

Stolle: "Ach so ... also entgegen allen bisherigen Konsequenzen erschien Mathildens Vater bei mir und fragte, ob seine Tochter da sei. Ich sagte: ja. Sehen Sie, Herr Pastor, das war unklug; ich hätte nein sagen sollen. Jedenfalls erklärte er mir - das Mädchel stand am Fenster und beobachtete furchtsam die Szene -, trotz allem, was vorgefallen sei, könne er seine Tochter nicht im Hause eines ausgesprochenen Lüstlings lassen. Ich wandte mich um und fragte Mathilde, ob sie umkehren wollte. Sie meinte daraufhin sehr klar und deutlich: ihm Vater ginge sie nichts mehr an. Darauf wurde sie mit dem schönen Worte "Hure" ausgezeichnet. Und nun, Herr Pastor, verliessen mich meine Sinne. Ich packte den ehrsamem Bürger an der Brust und stieß ihn zurück gegen die Tür; dass sie sich von selbst öffnete und der Mann die Treppe hinabfiel, muss wohl - Verzeihung, Herr Pastor! - eine Fügung Gottes gewesen sein, denn er brach sich dabei den einen Arm. Der Staatsanwalt denkt vielleicht nicht so religiös wie ich, denn, wie Sie sehen, räumte man mir dieses bescheidene Zimmer ein und wird wegen schwerer Körperverletzung ein hochnotpeinliches Verhör anstellen."

or: "Aus Ihrem Tonfall entnehme ich, dass Sie die Sache leider nicht
st nehmen."

Stolle: "Welche Sache?"

Pastor: "Ich meine den unglücklichen Sturz, der gegebenenfalls Ihren...
wegener, wenn ich so sagen darf, das Leben hätte kosten können."

Stolle: "Ich nehme die Vorgeschichte zu diesem unerquicklichen Ausgang
bedeutend ernster."

Pastor: "Sooo?! Ja, gewiss, das ist sie auch. Aber um mal bei der Sache
zu bleiben: Sind Sie sich eigentlich des Unmoralischen Ihrer Handlungsweise
so recht bewusst geworden?"

Stolle (erstaunt): "Wie meinen Sie das?"

Pastor: "Nun, ich meine, ich darf doch deutsch reden - "

Stolle: "Bitte, bitte!"

Pastor: "Ohne die nötigen kirchlichen und staatlichen Voraussetzungen
ein Kind in die Welt zu setzen, die Pflichten gegen die Gesellschaft so gän-
zlich unbeachtet zu lassen, einen Menschen obendrein ins Unglück zu stürzen..."

Stolle: "Halt, Herr Pastor, das ist etwas viel auf einmal. Aber wer hat
hier ins Unglück gestürzt? Ich habe Mathilde gern, habe gar nicht nötig, die
sogenannten Konsequenzen zu ziehen, denn die Unterschrift auf dem Standesamte
hätten wir auch ohnedies geleistet!"

Pastor: "Sie haben sich nur in den zeitlichen Zusammenhängen geirrt und
damit die Ehre eines Menschen der Gefahr ausgesetzt..."

Stolle: "...von ehrsamem Bürgern - gestatten Sie den Ausdruck - mit Dreck
beworfen zu werden. Was heisst denn "Ehre"? - Gehören zwei Menschen einander,
bevor sie ihre Unterschrift leisten, dann fällt ihre Ehre ins Wasser; tun
sie es nachher, ist's ein gutes Werk. Womit begründen Sie das eigentlich?"

Pastor: "Aber, lieber Freund, Sie verlieren sich ja ins Uferlose."

Stolle: "Ich verirre mich gar nicht. Eine Einwendung lasse ich gelten.
Man solle die wirtschaftlichen Gesichtspunkte nicht vergessen. Gut. Aber das
stört ja die menschliche Gesellschaft und die Kirche am allerwenigsten. Es
ist immer nur von Ehre und Schande usw. die Rede. Wenn Ihre Ansicht den
Naturgesetzen - und das sind göttliche - entspreche, dann müsste der Mensch
zehn Jahre später zur Reife gelangen, und auf einem Tablett wäre ihm sofort,
nachdem er Kirche und Standesamt verlassen hat, die blumengeschmückte Fähig-
keit zur Fortpflanzung zu überreichen. Aber erst dann!"

Pastor (holt Atem): "Sie stellen unsre ganze Moral auf den Kopf."

Stolle: "Moral, sagen Sie. Ein Beispiel: Der Viehhändler Kragujewit
kommt schwer bezechet nach Hause und entledigt sich seiner physischen Erregung,
die der Alkohol zum mindesten gefördert hat. Nach der üblichen Frist schenkt
ihm seine Frau einen Jungen. Alles strahlt vor Glück. Das gute Werk ist getan;
man kommt zur Taufe ... und so fort. Umgekehrt: Zwei Menschen, die sich,
nebenbei bemerkt, auch in geistiger Hinsicht hingeben, haben das gleiche Er-
eignis zu erwarten. Das wäre dann nach Ihrer Meinung, Herr Pastor, schlecht,
unmoralisch und manches andere mehr."

Pastor: "Ja, wenn Sie sich zu dieser modernen Auffassung bekennen..."

Stolle: "Ich muss es ja; sonst verliere ich noch den letzten Rest von
Mut. - Ich muss um meine Existenz ringen. Mathilde arbeitete mit. Anstatt ihr,
oder besser uns, zu helfen, setzte man sie auf die Strasse. Der Vater weist
ihr die Tür - - Herr Pastor, wenn das Moral ist, dann lassen Sie mich lieber
unmoralisch sein!"

Pastor (erhebt sich): "Ich glaube, Herr Stolle, wir haben uns zur Zeit
Ihrer Konfirmation einmal besser verstanden. Das jetzt - verstehe ich wenig-
stens nicht mehr."

Stolle: "Nein, Herr Pastor. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch. Wenn Sie
keinen reinigen Sünder vorfinden, so ... doch wir wollen nicht von Schuld spre-
chen. Leben Sie wohl, Herr Pastor!"

O.F.Heinrich.

or: "Aus Ihrem Tonfall entnehme ich, dass Sie die Sache leider nicht
st nehmen."

Stolle: "Welche Sache?"

Pastor: "Ich meine den unglücklichen Sturz, der gegebenenfalls Ihren...
Wegener, wenn ich so sagen darf, das Leben hätte kosten können."

Stolle: "Ich nehme die Vorgeschichte zu diesem unerquicklichen Ausgang
bedeutend ernster."

Pastor: "Sooo?! Ja, gewiss, das ist sie auch. Aber um mal bei der Sache
zu bleiben: Sind Sie sich eigentlich des Unmoralischen Ihrer Handlungsweise
so recht bewusst geworden?"

Stolle (erstaunt): "Wie meinen Sie das?"

Pastor: "Nun, ich meine, ich darf doch deutsch reden - "

Stolle: "Bitte, bitte!"

Pastor: "Ohne die nötigen kirchlichen und staatlichen Voraussetzungen
ein Kind in die Welt zu setzen, die Pflichten gegen die Gesellschaft so gänzlich
unbeachtet zu lassen, einen Menschen obendrein ins Unglück zu stürzen..."

Stolle: "Halt, Herr Pastor, das ist etwas viel auf einmal. Aber wer hat
hier ins Unglück gestürzt? Ich habe Mathilde gern, habe gar nicht nötig, die
sogenannten Konsequenzen zu ziehen, denn die Unterschrift auf dem Standesamte
hätten wir auch ohnedies geleistet!"

Pastor: "Sie haben sich nur in den zeitlichen Zusammenhängen geirrt und
damit die Ehre eines Menschen der Gefahr ausgesetzt..."

Stolle: "...von ehrsamem Bürgern - gestatten Sie den Ausdruck - mit Dreck
beworfen zu werden. Was heisst denn "Ehre"? - Gehören zwei Menschen einander,
bevor sie ihre Unterschrift leisten, dann fällt ihre Ehre ins Wasser; tun
sie es nachher, ist's ein gutes Werk. Womit begründen Sie das eigentlich?"

Pastor: "Aber, lieber Freund, Sie verlieren sich ja ins Uferlose."

Stolle: "Ich verirre mich gar nicht. Eine Einwendung lasse ich gelten.
Man solle die wirtschaftlichen Gesichtspunkte nicht vergessen. Gut. Aber das
stört ja die menschliche Gesellschaft und die Kirche am allerwenigsten. Es
ist immer nur von Ehre und Schande usw. die Rede. Wenn Ihre Ansicht den
Naturgesetzen - und das sind göttliche - entspräche, dann müsste der Mensch
zehn Jahre später zur Reife gelangen, und auf einem Tablett wäre ihm sofort,
nachdem er Kirche und Standesamt verlassen hat, die blumengeschmückte Fähig-
keit zur Fortpflanzung zu überreichen. Aber erst dann!"

Pastor (holt Atem): "Sie stellen unsre ganze Moral auf den Kopf."

Stolle: "Moral, sagen Sie. Ein Beispiel: Der Viehhändler Kragujeweit
kommt schwer bezechet nach Hause und entledigt sich seiner physischen Erregung,
die der Alkohol zum mindesten gefördert hat. Nach der üblichen Frist schenkt
ihm seine Frau einen Jungen. Alles strahlt vor Glück. Das gute Werk ist getan;
man kommt zur Taufe ... und so fort. Umgekehrt: Zwei Menschen, die sich,
nebenbei bemerkt, auch in geistiger Hinsicht hingeben, haben das gleiche Er-
eignis zu erwarten. Das wäre dann nach Ihrer Meinung, Herr Pastor, schlecht,
unmoralisch und manches andere mehr."

Pastor: "Ja, wenn Sie sich zu dieser modernen Auffassung bekennen..."

Stolle: "Ich muss es ja; sonst verliere ich noch den letzten Rest von
Mut. - Ich muss um meine Existenz ringen. Mathilde arbeitete mit. Anstatt ihr,
oder besser uns, zu helfen, setzte man sie auf die Strasse. Der Vater weist
ihr die Tür - - Herr Pastor, wenn das Moral ist, dann lassen Sie mich lieber
unmoralisch sein!"

Pastor (erhebt sich): "Ich glaube, Herr Stolle, wir haben uns zur Zeit
Ihrer Konfirmation einmal besser verstanden. Das jetzt - verstehe ich wenig-
stens nicht mehr."

Stolle: "Nein, Herr Pastor. Ich danke Ihnen für Ihren Besuch. Wenn Sie
keinen reinen Sünder vorfinden, so ... doch wir wollen nicht von Schuld spre-
chen. Leben Sie wohl, Herr Pastor!"

O.F.Heinrich.

Der Bildungsvortrag.^x

D. In Köln, wie überhaupt in Preussen, liess die Polizei in der Vorzeit alle Veranstaltungen der Arbeiterjugend überwachen, um eine Handhabe zum Eingreifen auf Grund § 17 des Reichsvereinsgesetzes zu finden. Oftmal waren die Ueberwachungsberichte recht kurz. Zum Beispiel so: "Die Versammlung hat nicht stattgefunden." Der schlaue Beamte hatte nicht bemerkt, dass die Jugendlichen nur formell die Versammlung abgesagt, sie in Wirklichkeit aber anderswo ohne Polizeiaufsicht abgehalten hatten.

Einmal fand bei der Kölner Arbeiterjugend - so um 1908 - ein Bildungsvortrag statt über das Thema: "Entstehung der Erde, der Lebewesen und des Menschen". Der wörtlich hier wiedergegebene Polizeibericht über diesen Vortrag sa so aus :

"Hierbei stützte sich der Redner auf die Forschungen unserer Gelehrten und gebrauchte eine Unmenge lateinischer und griechischer Wörter, teilweise ohne dieselben zu übersetzen, so dass wohl nicht anzunehmen ist, dass auch nur ein Zuhörer dem gelehrten Vortrag hätte folgen können. Anscheinend hatte der Vortragende den Stoff selbst auswendig gelernt. Sein Vortrag gipfelte in dem Punkt, dass die Menschen und die übrigen Lebewesen nicht, wie es in der Bibel heisst, wie durch ein Wunder von einem übernatürlichen Wesen erschaffen wurden, sondern dass sie nach vielen hunderttausenden von Jahren, nach Abkühlung der Erde, auf natürlichem Wege entstanden seien."

SPD. Linoleum tötet Bakterien.^x Dass das Auslegen des Fussbodens im Kinder- oder Schlafzimmer mit Linoleum nicht nur ein Luxus oder eine Bequemlichkeit, sondern eine wahrhaft hygienische Anforderung ist, das bestätigen uns in augenfälliger Weise die darüber angestellten Versuche Professor Lehmans, des Direktors des Hygienischen Institutes an der Universität Würzburg. Während dreier Jahre sind in diesem Institut 500 Versuche durchgeführt worden. Verwendung fanden 8 verschiedene Stämme Eiterkokken. Jeder Bakterienanstrich erhielt vor Beginn des Versuches 250 000 bis 300 000 Keime auf den Quadratcentimeter. Bei wärmerer und mittlerer Temperatur wurden durch Linoleum die Keime in 24 Stunden fast ganz abgetötet, bei kühler Temperatur in 48 Stunden oder ebenfalls in 24 Stunden, wenn starke natürliche Beleuchtung die Keimtötung unterstützte. Selbst altes Linoleum, das schon beinahe 30 Jahre lang treue Dienste leistete, hatte seine bakterientötende Wirkung noch nicht eingebüsst. Beschleunigt wird die Wirkung noch durch Anfeuchten des Bodenbelags. Ein Linoleum, das täglich feucht aufgewischt wird, ist also imstande, die mit den Schuhen von der Strasse hereingeschleppten Keime weitgehend zu vernichten.

SPD. Spiel oder Wirklichkeit?^x Eine Bäuerin aus dem Eichsfelde kam in die Stadt und sah sich dabei auch Shakespeares "Othello" an, den eine reisende Theatergruppe gerade im Schützenvereinsaal aufführte. Als der Mohr von Venedig Desdemona erwürgt hatte, weinte die Bäuerin bitterlich. Nach Schluss der Vorstellung ging sie an den Billetschalter und fragte: "Wann findet denn nun die Beerdigung statt?"
